

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
18. Februar 1914

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Klara Zetkin (Zundel), Wilhelmshöhe,
Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Furtbach-Strasse 12.

Inhaltsverzeichnis.

Dritte Internationale Konferenz sozialistischer Frauen und Arbeiterinnenorganisationen. — Heimarbeit. Von einer Heimarbeiterin. — Ein Jahr der Reaktion und des Imperialismus. III. Von H. B. — Die Tätigkeit der Frau in der Gemeinde. XIII. Von Anna Mos. — Kinderarbeit und Kinderschutz in Baden. Von Rich. Böttger. — Die erschütterte päpstliche Autorität. Von W. D. — Für das Frauenwahlrecht Rede des Abgeordneten Genossen Dr. Sohn. — Aus der Bewegung: Adolf Ged zum 60. Geburtstag. — Von der Agitation. — Ferienpaziergänge für Arbeiterkinder in Heilbronn. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Die Arbeitslosigkeit im Deutschen Holzgewerbe. Von K. — Notizenteil: Dienstbotenfrage. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauenstimmrecht. — Die Frau in öffentlichen Ämtern.

Dritte Internationale Konferenz sozialistischer Frauen und Arbeiterinnenorganisationen.

Im Auftrag der Vertreterinnen sozialistischer Frauen und Arbeiterinnenorganisationen aller Länder, die durch das Internationale Sekretariat sozialistischer Frauen miteinander verbunden sind, berufen die Unterzeichneten hiermit die

Dritte Internationale Konferenz sozialistischer Frauen und Arbeiterinnenorganisationen

für den 21. und 22. August nach Wien ein. Die Konferenz wird Freitag, den 21. August, vormittags 9 Uhr eröffnet. Das Tagungsort wird noch bekannt gegeben.

Die provisorische Tagesordnung lautet:

1. Konstituierung der Konferenz.
2. Bericht der internationalen Sekretärin.
3. Der Kampf um das Frauenwahlrecht.
4. Gesetzlicher Schutz und soziale Fürsorge für Mutter und Kind.
5. Die Teuerung.
6. Verschiedenes.

Die Referentinnen werden auf Grund der Vorschläge der Organisationen bestimmt, die international verbunden sind.

Die sozialistischen Partei- und Frauenorganisationen, wie alle auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Arbeiterinnenorganisationen werden dringend eingeladen, ihre Vertreterinnen oder auch Vertreter zu dieser Konferenz zu entsenden.

Die Organisationen der einzelnen Länder bestimmen selbst den Modus, nach dem sie zu der Frauenkonferenz delegieren. Die Zahl der Delegierten ist für keine Organisation beschränkt.

Entsprechend dem inneren oder auch dem organisatorischen Zusammenhang, in dem die proletarische Frauenbewegung mit der allgemeinen klassenbewußten Arbeiterbewegung aller Länder steht, faßt die Konferenz keine Beschlüsse, die für die allgemeinen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen bindend sind.

Anträge zur Tagesordnung sind spätestens bis 1. Juni an die internationale Sekretärin einzusenden, damit sie rechtzeitig übersetzt und zur Kenntnis der korrespondierenden Organisationen gebracht werden können. Die Berichte

über den Stand der sozialistischen Frauen- und Arbeiterinnenbewegung in den einzelnen Ländern sind aus dem gleichen Grunde spätestens bis 15. Mai einzuschicken.

Genossinnen in allen Ländern! Sorgt dafür, daß die Konferenz gut besetzt wird und erfolgreich das Werk grundlegender Aufklärung und praktischer Arbeit fortzusetzen vermag, das die Konferenzen zu Stuttgart und Kopenhagen begonnen haben.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Im Auftrag:

Klara Zetkin, Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart.
Internationale Sekretärin.

Luise Biehl, Berlin, Adelheid Popp, Wien, Anna Woschek,
Wien, Mitglieder des vorbereitenden Komitees.

Die Arbeiterpresse wird um Abdruck gebeten.

Heimarbeit.

Die Arbeit muß doch fertig werden! Verzweifelt suche ich dem Schläfe zu wehren. Ich stecke den Kopf zum Fenster heraus und atme tief die erfrischende Nachtluft ein. Dann bleibt mein Blick an zwei grell in das weiche Dunkel leuchtenden Fenstern hängen. Leidensgefährtinnen mühen sich dahinter. Auch solch arme Schneiderinnenseelen wie ich, die jetzt in der Saison durcharbeiten müssen. Und mit erneuter Hast nähe ich an der eleganten Bluse. Das leichte Knistern der Seide, das duftige Geriesel der Spitzen nimmt meine Gedanken gefangen: Ich sehe lachendes Leben. Prachtvolle Säle, duftende Blumen, reiche Tafeln und schöne, zerstreungsdurstige Frauen. Ich höre, was den Genießenden unverständlich bleibt. Das Klammern der blendenden Pracht: Arbeitsflaven haben mich geschaffen, die denken und arbeiten für euch, sie haben euch!

Einen aparten Gürtelabschluß wünscht die Dame, für die die Bluse bestimmt ist. Was macht man denn da wieder Neues?! Ich nehme meine Gedanken zusammen, probiere hin und her, durchblättere die Modezeitungen. Schließlich muß ich doch etwas finden! Na, hoffentlich gefällt's! Übrigens ist mir das jetzt recht gleichgültig. Mitternacht ist längst vorüber. Die Hitze der Lampe wird nachgerade unerträglich. Ein dumpfer Druck legt sich bleiern um den Kopf. Das Ticken der Uhr dringt seltsam scharf und rasch durch die tiefe Stille und bohrt schmerzhaft den einen Gedanken fest ins Hirn: schnell, nur schnell! Ich kämpfe gegen den Schlaf und denke mit Grauen an all die Nächte, die noch bis Pfingsten vor mir liegen. Und dann, wenn das große Fest da ist, was sagt es mir? Ich bin müde — todmüde. Ich habe nur den einen Wunsch: richtig auszuschlafen. . . .

Die regelmäßigen Atemzüge meiner schlummernden Gewächster drohen immer wieder, mich einzuschläfern. Der Rücken fällt in sich zusammen, ich versuche ihn künstlich durch Kissen zu stützen. Umsonst. Die Augen fallen zu, der Kopf sinkt auf die Maschine. Nach kurzer Zeit ein erschrecktes, jähes Emporfahren. Wie lange habe ich wohl geschlafen? Ein paar Mi-

nuten? Eine Stunde? Ich weiß es nicht. Ich quäle mich weiter. Aber die geschwollenen Augenlider fallen immer wieder zu — schlafen — schlafen. Ich gebe den Widerstand auf, fest entschlossen, um so früher aufzustehen. Schwer falle ich ins Bett. Der Schlaf kommt nicht — die Nerven zittern in Erregung, tausend scharfe Spizen wühlen im Körper, das Herz hämmert zum Zerpringen, die Finger zuden schmerzhaft im Krampfe. Nachtarbeit!

Nach drei bis vier Stunden Schlaf erwache ich wie erschlagen, von kalten, bösen Schauern durchrüttelt. Heißer Kaffee macht mich arbeitsfähig. In fieberhafter Anspannung mache ich die Bluse zur bestimmten Zeit fertig. Schnell abhügeln, ein letztes Nachsehen, ob alle Seffäden entfernt sind, einpacken, und dann laufe ich nach dem Geschäft. Die Direktrice prüft genau die Arbeit und zieht die Bluse über die Büste, die nach der Figur der Dame angefertigt worden ist. Augenscheinlich entdeckt sie keinen Fehler, sie nimmt die Bluse ab. Da gerade Damen zur Anprobe da sind, soll ich nach einer Stunde wiederkommen, dann erhalte ich neue Arbeit, und da Sonnabend ist, kann ich dann auch abrechnen. Das Fortgeschickwerden ist nichts Neues. Am Tage hin und her laufen und des Nachts arbeiten, das ist alltäglich.

Das Geschäft liegt an einem Promenadeweg. Um diese Zeit flutet hier ein Strom von Müßiggängern hin und her. Er nimmt mich mit. Der Anblick all dieser lachenden, geputzten Menschen tut mir weh. Das aufdringliche Blitzen von Lackstiefeln, prächtig angefnallte Vorsteckblumen, kokett beschleihte Lieblingshündchen: das alles steigert meine gereizte Stimmung. Ich möchte in all diese hochmütigen, gepflegten, gedankenlosen Fragen hineinschlagen. Etwas treibt mich unwiderstehlich dazu. Natürlich gebe ich diesem Etwas nicht nach. Ich möchte auch nicht einem einzigen einzelnen Menschen etwas antun. Aber das Ganze, diese Ordnung, die wenigen alles in den Schoß wirft und den ungezählten Vielen die natürlichsten Lebensbedingungen vorenthält. Sie möchte ich zertrümmern, ich möchte schreien, die verachteten Vielen aufrufen, sie zu stürzen.

An einer Ecke gibt mich der Strom frei. Ich flüchte in einsame grüne Gänge. Der tiefblaue Himmel und die flirrend durch zarte Blätter leuchtende Sonne lösen langsam die Spannung meiner Seele. Selbstvergessen trinke ich den linden Frühlingszauber. Aus dieser Versunkenheit schreckt mich ein Gruß. Vor mir steht eine frühere Berufsgenossin, mit der zusammen ich mehrere Jahre in einem Geschäft gearbeitet habe. „Nun, wie geht's, nächst du noch immer Schürzen fürs Geschäft?“ frage ich sie, dabei etwas erstaunt ihre flotte, lebensfreudige Erscheinung musternd. „I bewahre,“ lacht sie verlegen zurück. „Das ewige Maschinentrampeln hielt ich ja gar nicht aus! Die erste Zeit ging's wohl, aber nachher hatte ich immerfort Stiche im Unterleib. Der Arzt verbot mir aufs strengste, weiter Maschine zu nähen.“ Und grollend brach es aus ihrem Munde hervor: „Dah' ich nichts anderes kann, daran ist die verdammte Teilarbeit in den großen Geschäften schuld. Fünf Jahre habe ich nur Futtertaillen genäht. Und dann die Ferien, die monatelange stille Zeit! Kurz und gut, ich fing an, zu Hause zu arbeiten. Meine Mutter half mir, so krank sie auch war. Aber für das Duzend Schürzen 1,20 Mk. Bei schwierigen Mustern etwas mehr. Dabei kann man nicht einmal vegetieren, wie unser Chef sich einmal ausdrückte. Weißt du noch damals, als die Gräfin mit ihrem Herrn Gemahl unsere Arbeitsstube besichtigte und uns nach unserem täglichen Verdienst fragte? Wie fassungslos die uns ansah, als ihr 80 Pf., 1 Mk., 1,50 Mk. gesagt wurde. Unser Alter meinte, indem er auf uns zeigte: Die, die leben ja nicht, die vegetieren bloß.“ Diese Worte haben in mir gebrannt wie glühendes Eisen. Auch als ich daheim Schürzen nähte. Ich will nicht vegetieren! Ich will leben! Als — als Kellnerin kann ich doch wenigstens meine Mutter unterstützen. . . .“ Harter Trost lag auf dem Gesicht des jungen Weibes. Mich fröstelte. Anna begleitete mich bis zum Geschäft und verabschiedete sich mit gemachter Lustigkeit.

Meine Anproben und neue Arbeit lagen bereit. Ich rechnete für diese Woche ab: drei elegante Blusen nach Maß mit drei bis vier Anproben, jede mit 6 Mk. bezahlt, eine Änderung 4 Mk., Summa Summarum 22 Mk. bei einer täglichen Arbeitszeit von durchschnittlich 19 Stunden, dazu noch der halbe Sonntag. Von meinem Verdienst gehen ab die Aufwendungen für Garn, Nähseide, Saken, Petroleum und anderes. Es bleiben mir ganze 18 Mk., und das in der Saison! Wie aber in der stillen Zeit? Da gibt es 8 Mk., 6 Mk. die Woche oder wohl auch gar nichts. Und jetzt die Hege! Morgen wieder ein verlorener Sonntag. Mit dumpfem Widerwillen denke ich an die Arbeit. . . .

Die Dämmerung des Sonntags spinnt in meinem Arbeitswinkel. Ich lege die Bluse beiseite. Die Lampe anzünden? Nein, nein, nur heraus aus der Stube! Die tanzenden Sonnenstrahlen, die den ganzen Tag lockend zu mir hereineilten, haben in mir eine wütende, trotzig Sehnacht nach Freude, nach Lust geweckt. Aber die dunkelnden, menschenleeren Straßen machen mich sehr bescheiden. Ich möchte nur noch zu einer Freundin gehen, ein wenig plaudern. Ich habe Glück, ich finde die Freundin zu Hause — an der ratternden Maschine. Sie näht Lagerblusen, das Duzend für 1,20 Mk. bis 3 Mk. Der Tod ihrer lungenkranken Mutter hatte sie gezwungen, aus dem Geschäft auszutreten, in dem sie bis dahin arbeitete. Sie mußte zu Hause die Wirtschaft versehen, daneben aber tüchtig verdienen. Da sie im Geschäft nichts als Ärmel gearbeitet hatte, blieb ihr nur die schlecht bezahlte Arbeit übrig. Die Freundin begrüßt mich mit aufrichtiger Freude und schimpft sich kräftig den Groll über den verprudelten Sonntag vom Herzen. Dann nimmt sie mich mit nach der Küche und bereitet das Abendbrot für ihre kleine Familie. „Erbsensuppe wärmst du?“ wundere ich mich. „Du kochst doch nur dann Hülsenfrüchte, wenn du knapp mit den Moneten bist,“ plake ich heraus. „Na ja, das stimmt ja auch, ich habe so viel Ausgaben. Karl — der 14jährige Bruder — lernt als Koch, und da mußte ich die ganze Ausstattung kaufen. Wenn der das nur aushält. In voriger Woche hatte er wieder einen Anfall von Weitzanz. Der Vater ist an ein geordnetes Hauswesen gewöhnt; aber bei der Näherei geht manchesmal alles drunter und drüber. Dann trinkt Vater eins über den Durst, und ich bekomme noch weniger Geld als sonst. Vater muß bald wieder heiraten, der muß sich in sorgsamten Händen fühlen. Und ich halt' das auch nicht aus! Man bleibt ja kein Mensch dabei!“

Nach dem Abendbrot fordere ich die Freundin zu einem kleinen Spaziergang auf, aber als Antwort hält sie mir gezwungen lächelnd ein kleines Paket unter die Nase. Es enthält Seidenstoffreste. Eifrig beginnt meine Freundin Herrenschliffe zu nähen. „Für wen machst du denn die?“ frage ich. „Nun, für Bruno!“ klingt es ärgerlich zurück. „Ach so, für deinen Schatz! Kann sich der Herr Assessor nicht fertige Binder kaufen?“ „Bruno ist praktisch, der hat selbst die Seidenreste für die Schliffe ausgesucht. Wenn ich die verarbeite, sehen sie nach 5 Mk.-Bindern aus. Immer Kavaliere!“ „Immer Kavaliere!“ spöttle ich nach. „Sei nicht so gebässig!“ Vertraulich flüstert mir die Freundin zu: „Ich habe mich erzürnt, deshalb bin ich auch zu Hause. Aber manchmal ist Bruno wirklich unverschämmt dämlich. Denk dir nur — mit feuerrotem Kopfe murmelt sie es leise — „neulich meinte er, ich würde später noch einmal mit Stolz daran denken, daß mir ein Assessor die Schuhe ausgezogen hätte. Du eingebildeter Affe! schrie ich in ehrlicher Wut. Da sagte er wieder so etwas Schönes und redete von meiner rohen, grobsprachlichen Umgebung. Dort sei das Empfindungsleben so stumpf und niedrig. Ich könne gar nicht verstehen, wie schwer ich ihn durch meinen ungebildeten Ausdruck beleidigt habe. Ich nahm daraufhin stillschweigend Hut und Jacke und sagte zwischen Tür und Angel aus tiefstem Herzensgrund: Du eingebildeter Affe! . . . Ich wette, morgen hab ich einen Brief von Bruno.“ „Zur Veröhnung stichelst du ja auch schon die Krawatten,“ erwidere ich ironisch. „Du — du hast gut reden. Du hast schlimmsten-

falls deine Eltern. Aber ich? — — — Ich will hier nicht verfaulen! Bruno gibt mir das Geld, daß ich mich als Direktrice ausbilden kann. Und wenn ich zuerst auch nur Stellung in kleinen Städten bekomme, was tut's? Bruno muß auch bald fort, wenn er Amtsrichter wird und sich ... reich verheiratet muß. ..."

Das klang so müde — gebrochen. Auf dem Nachhauseweg verfolgte mich etwas, fichernd glühend, sich zentnerschwer auf mich legend. Das Ungeheuer Heimarbeit. Ich sehe die „kleinen Mädchen“. Die Not im Elternhaus hat sie zwar früh reif gemacht, aber doch sind sie voll jugendlichen Übermuts und voll jugendlichen Vertrauens. Selbstsicher fühlen sie die Anwartschaft auf „Besseres“ in sich. Die Schule hat sie mit falschen Begriffen vollgestopft. Mit glücklich-unglücklicher Unkenntnis stehen sie dem wirklichen Leben gegenüber. Wo hinaus mit den dummseligen, sentimentalen Träumen, mit dem so natürlichen Orange, emporzusteigen, sich ein schöneres, höheres Leben zu schaffen? Nur zu oft erliegen sie dem Wahne, durch ein „besseres Verhältnis“ ihr Ideal zu erreichen. Sie opfern diesem Wahne und fallen ihm zum Opfer. Und die älteren Mädchen? Die Frauen? Drei Worte zeichnen ihr Los: unterernährt, noterstarrt, demütig. Das Gefühl, als einzelne von der Gewogenheit des Arbeitgebers abhängig zu sein — die Folge der Heimarbeit — läßt gar nicht wagen, mehr Arbeitslohn zu fordern. Es bieten sich ja so viele billige und willige Frauenhände an, die nicht für den Lebensunterhalt nützen, sondern nur etwas mitverdienen wollen. Der Arbeitgeber hat die Macht, die Heimarbeiterin brutal, grausam mit der Hungerpeitsche zu schlagen. Das Elend, das endlose Elend begräbt unter seiner Asche das lebendige Fühlen mit der Gegenwart, mit dem Ringen und Kämpfen der Ausgebeuteten. Aber unter der Asche glimmt unbewußt, tief der Haß gegen die bestehenden Zustände. Und aus diesem Haß der Bertretenen wird einst die Flamme des erlösenden gemeinsamen Kampfes um Menschenrecht und Menschenwürde schlagen.

Eine Heimarbeiterin.

Ein Jahr der Reaktion und des Imperialismus.

III.

Gleich mit Beginn des Jahres setzten die Hundertjahrfeiern des sogenannten Befreiungskrieges ein. Bald an diesem, bald an jenem Orte waren ein Gedenktag zu feiern, ein Denkstein zu setzen, ein Denkmal zu enthüllen, dem jeweiligen Festauschuss Orden zu verleihen, bis im Oktober die Feier der Völkerschlacht bei Leipzig dem patriotischen Rummel die Krone aufsetzte. Es war eine Geschichtsfälschung im großen, eine Volksbewegung wurde in eine Tat der Fürsten umgelogen, und der preussische Gamaschenknopf Friedrich Wilhelm III., der sich von den Ereignissen in den Krieg schleifen ließ und der in der Erhebung der Preußen eine unheimliche Störung der Ordnung sah, als deutscher Nationalheld drapiert: Der Byzantinismus des deutschen Bürgertums überwand selbst die stärksten Hindernisse feststehender geschichtlicher Tatsachen und machte aus dieser Gedenkfeier einer Bewegung, die sich gegen den Willen der „deutschen“ Fürsten hatte durchsetzen müssen, eine Feier zu Ehren der Nachkommen dieser Fürsten. Der schmachliche Ausgang des großen Opferjahres, der Betrug, der von den Dynastien am deutschen Volke verübt wurde, das auf Freiheit und Einheit hoffte, die Vergeltung seiner Gut- und Blutopfer mit Polizeidruck und Demagogenverfolgung, das alles wurde in den patriotischen Erinnerungsartikeln und -reden verschwiegen, als wäre es nie gewesen. Und als die Sozialdemokratie den Schleier zu heben wagte, als sie sich weigerte, sich zu beteiligen, wo das Andenken der Freiheitskämpfer von 1813 durch Fürstenverhimmelung beleidigt wurde, als sie den patriotischen Fälschungen die historische Wahrheit entgegenstellte, da setzte eine wüste Heze gegen sie ein. Weil sie

sich dagegen wehrte, daß man das Volk von 1813 zur Staffage einer Fürstentat herabdrückte, wurde sie der Beschimpfung der Helden jener Zeit beschuldigt. Diese Heze hat indes nicht verhindern können, daß die Sozialdemokratie die frechen Fälscher mit den Zeugnissen der besten Männer jener Kämpfe, der Stein, Gneisenau, Scharnhorst und anderen aufs Haupt schlug.

Von Ostpreußen, wo die Erhebung des Jahres 1813 begonnen hatte, zog sich der Jubiläumsumrummel nach Breslau, wo er einen seiner Höhepunkte erreichte. Hier begnügte sich das deutsche Bürgertum nicht mit dem Weihrauch, der dem Gefangenen des Sturmes von 1813, dem Preußenkönig Friedrich Wilhelm III., und seinem Nachfahren Wilhelm II. geopfert wurde, in seiner Knechtseligkeit trieb es die Selbstbefleckung bis zur Mißhandlung eines Dichters, der das Mißfallen der Nordspatrioten erregt hatte. Gerhart Hauptmanns Jahrhundertfestspiel wurde vom fortschrittlichen Breslauer Magistrat auf ein Stirnrinzeln des Kronprinzen hin gehoramt von der weiteren Aufführung in der großen Festhalle ausgeschlossen. Der junge Herr hatte, ermuntert durch den lebhaften Protestspektakel der Hurrafreier und Kriegervereiner, gedroht, das Protektorat über die Jahrhundertausstellung niederzulegen, wenn das unpatriotische Stück noch weiter gegeben werde. Dieser Tragödie liberalen Männerstolzes vor Königsthronen folgte in Bayern eine Komödie, bei der die deutschen Fürsten allein als die Handelnden auftraten, während die Bürger hinter einer dichten Kette abherrschender Soldaten und Gendarmen den Staub, den die Wagen der Landesväter aufwirbelten, schluckten und außerdem noch für den Festverbrauch der Fürsten bleichen durften. In der Befreiungshalle zu Kehlheim versammelten sich die Nachkommen jener Fürsten, die 1813 sich bis zum letzten Augenblick gegen den Kampf gesträubt, die bis zuletzt vor dem korbischen Eroberer gekrochen waren, zur Feier dieses Kampfes, und das deutsche Bürgertum wandte sich von einem solchen Schauspiel nicht entrüstet ab, sondern bildete dabei die Staffage und schrie hurra. Es hat es ja auch ganz in der Ordnung gefunden, daß die deutschen Fürsten in den Oktobertagen im Mittelpunkt der Leipziger Völkerschlachtfestfeier standen, daß dabei ein Wettiner, dessen Vorfahr noch in den Tagen der Schlacht auf der Seite Napoleons gestanden war, unterstützt von Polizei und Kosaken, den Wirt machte. Es ist schwer zu entscheiden, ob der Byzantinismus bei dieser Gelegenheit den höchsten Gipfel erklomm oder schon im Juni beim fünfundschwanzigsten Regierungsjubiläum Wilhelms II. Immerhin hatten die herrschenden Klassen bei letzterer Feier einen legitimen Grund für ihr Schweifwedeln vor dem Monarchen. Hat sich Wilhelm II. doch unstreitig als Kaiser des Imperialismus, der Bacherzölle auf Lebensmittel und des Arbeitertruges sowohl um die Kraut- wie um die Schlotjunker verdient gemacht. Das deutsche Proletariat aber konnte an diesem Festtag der Herrschenden eine umfangreiche Gegenrechnung aufsetzen, in der nichterfüllte Versprechen sozialer Reformen, haßgetränkte Angriffe auf die Sozialdemokratie, Drohungen mit Umsturz- und Zuchthausvorlagen die einzelnen Posten darstellten.

Während die Bourgeoisie im Festtaumel schwelgte, begann die Arbeiterklasse die ersten Anzeichen der herannahenden Krise zu spüren. Schon im Juli schwoh die Zahl der Arbeitslosen an, um sich mit dem Fortschreiten des Jahres immer mehr zu verstärken. Die Gemeinden, die von der Sozialdemokratie sofort auf ihre Pflicht zur Hilfeleistung aufmerksam gemacht wurden, verhielten sich zumeist ablehnend oder ergriffen doch nur unzureichende Maßregeln. Der preussische Handelsminister Sydow erklärte auf dem Bergmanns-, richtiger Bergberrentag zu Breslau gemütsruhig, daß das deutsche Wirtschaftsleben ganz gesund und die Ablösung der Hochkonjunktur durch die Krise ein ganz natürlicher Vorgang sei, den die Industrie ohne großen Schaden überstehen werde. Was aus den Arbeitern werde, die durch diesen ganz natürlichen Vorgang ihre Existenz verlieren mußten, das machte

dem Herrn Minister kein Kopfzerbrechen. In den Amtsstuben des Reiches und der Bundesstaaten dachte man ebensowenig wie in den Unternehmerkontoren daran, den Opfern des ganz natürlichen Vorganges durch eine Arbeitslosenversicherung halbwegs ausreichende Hilfe zu bieten. Nur der Prinzregent von Bayern gab einen Erlaß heraus, worin er die Förderung der kommunalen Arbeitslosenversicherung empfahl. Es ist denn auch in Bayern zur Zahlung einer Staatsunterstützung an solche Gemeinden gekommen, die Arbeitslosenversicherung einführen; indes blieb der Betrag, der dafür aufgewendet wurde, völlig unzureichend. Im allgemeinen überließen Reich, Staat und Gemeinden die Arbeitslosen ihrer Not und den Unterstützungen der Gewerkschaften. Die Arbeitslosigkeit traf aber die Proletarier um so härter, als sie mit einer Zeit hoher Preise, namentlich der Lebensmittel, zusammenfiel. Die Teuerung, die das Kennzeichen der jüngsten Phase des Kapitalismus geworden ist, die international wütet und die in den Schutzländern durch die preissteigernden Zölle noch verschärft wird, blieb während des ganzen Jahres am Herde des Proletariats sitzen. Wenn auch einige Lebensmittel, wie Gemüse und Kartoffeln, einen kleinen Rückgang gegen den Preisstand von 1911 und 1912 aufwiesen, so wurde diese Erleichterung doch mehr als ausgeglichen durch eine erneute Verschärfung der Fleischnot, die nach kurzer Milderung wieder einsetzte. Die Statistiken über Viehhaltung wiesen nach, daß diese nicht entfernt dem Wachstum der Bevölkerung zu folgen vermochte. Trotzdem wurde die Öffnung der Grenzen, die Aufhebung der Vieh- und Fleischzölle weiter verweigert, und wenn den Städten eine beschränkte Einfuhr ausländischen Fleisches gegen schwach ermäßigten Zoll gewährt worden war, so wurde ihnen die Ausnutzung dieser unzulänglichen Konzession durch allerhand bürokratische Nadelstiche möglichst erschwert und verleidet. Dafür erhob in Breslau die Organisation der Obst- und Gemüsezüchter den Ruf nach hohen Obst- und Gemüsezöllen, und die Junker gaben die Lösung aus, daß bei der kommenden Erneuerung der Handelsverträge höhere Sätze durchgedrückt und die Lücken des Tarifes ausgefüllt werden müßten.

Würde den Arbeitern Hilfe in der Arbeitslosigkeit und Erleichterung der Teuerung verweigert, so wurde ihnen zum Ausgleich Verminderung ihres Koalitionsrechtes in Aussicht gestellt. Die großen Unternehmerorganisationen, zahlreiche Handelskammern wurden, sekundiert von den Junkern, nicht müde, den Ruf nach der Zuchthausvorlage immer aufs neue zu erheben. Im Herbst wurde zu Leipzig auf einem Reichsdeutschen Mittelstandstag das „Kartell der schaffenden Arbeit“ aus der Taufe gehoben — eine Verbindung des Zentralverbandes der scharfmacherischen Industriellen, des Bundes der Landwirte und des Mittelstandsverbandes —, und diese neue reaktionäre Gründung sieht ihr Lebensziel vor allem in der Schaffung eines „Arbeitswilligenschutzes“. Dem steten Drucke der großen Unternehmerorganisationen konnten die Nationalliberalen und der Hansabund auf die Dauer nicht widerstehen. Die Fraktion Drehscheibe setzte zu Wiesbaden eine Kommission ein, die untersuchen sollte, was zum Schutze der Arbeitswilligen vor dem Terrorismus der Streikenden zu tun sei. Der Hansabund aber, von seinem Industrierrat gedrängt, faßte eine Resolution, die Verschärfung der Polizeimahregeln bei Streiks forderte und die Einführung der summarischen Schnelljustiz gegen Streikhünder, wie sie beim letzten Ruhrbergarbeiterstreik gewütet hatte. Dieser tödliche Anschlag auf das Koalitionsrecht, der gerade wegen der Verhüllung seiner gefährlichen Spitze bedrohlicher ist als die brutal-offenen Forderungen der Scharfmacher, fand auch in den Reihen der Fortschrittler Anhänger. Der Reichstagsabgeordnete Kopsch konnte zum Beispiel sein Entzücken über diesen Vorschlag nicht verbergen und erntete dabei den begeisterten Beifall eines Berliner fortschrittlichen Bezirksvereins. Die Arbeiter wurden mit der Nase daraufgestoßen, daß sie sich bei der Verteidigung ihres wirtschaftlichen Rechtes nur auf sich selbst verlassen dürfen.

Während alles im bürgerlichen Lager darauf sinnt, wie den Arbeitern die Kraft zur Erkämpfung von Lohnerhöhungen geraubt werden könne, führten eine Anzahl deutscher Fürsten eine erfolgreiche Lohnbewegung. Mit Rücksicht auf die teuren Zeiten ließ sich der König von Württemberg sein Gehalt erhöhen. Bayern, dessen legitimer, geisteschwacher König unter häßlichen Begleitererscheinungen und durch einen schmutzigen Handel zwischen bürgerlicher Volksvertretung und Regierung einem vollsinnigen Landesvater weichen mußte, durfte dieses Glück mit einer Steigerung der Zivilliste bezahlen. Ebenso erging es Braunschweig, wo das Welfenhaus wieder zur Regierung gelangte, nachdem der Sohn des Herzogs von Cumberland durch eine Heirat mit der Tochter des Kaisers die nötigen Garantien für reichstreues Verhalten gegeben hatte.

Lehrreich für die Arbeiterklasse war der Ausfall der badischen Landtagswahlen. Diese hatten das bedenkliche Ergebnis, daß die Sozialdemokratie Stimmen und Mandate verlor, während Zentrum und Nationalliberale zunahmen. Obgleich viele Anzeichen erkennen lassen, daß die Schwächung der grundsätzlichen Verbearbeit, die durch das Großblockverhältnis, durch die Rücksicht auf den liberalen Verbündeten bedingt wird, das ungünstige Ergebnis für die Sozialdemokratie verschuldet, hält die Mehrheit der badischen sozialdemokratischen Organisation am Großblock fest.

Als bei den Krupp-Prozessen trotz aller Beschränkung des Beweisthemas doch viel Faulen aufgedeckt wurde, forderten Junker- und Scharfmacherpresse wütend eine Vertuschung. In diesem Sinne ward gegen Schluß des Jahres von der Regierung ein entscheidender Schritt getan. Sie weigerte sich, den Genossen Liebknecht in die zur Untersuchung der Rüstungslieferungen gebildete Kommission eintreten zu lassen. Damit brach zwar der Reichsanzler sein Wort, die Wünsche der Reichstagsfraktionen bei der Auswahl ihrer Vertreter zu berücksichtigen, es wurde dadurch aber auch erreicht, daß die Sozialdemokratie auf jede Vertretung in der Kommission verzichtete. Also kam diese sozialistenreine Vertuschungskommission zustande, zur großen Beruhigung des Rüstungskapitals und seiner Zubälter.

Den würdigen Beschluß dieses Jahres der Reaktion und des Imperialismus bildete die Affäre Babern. Ihre Hauptmomente fallen indes schon in das Jahr 1914. Der Kommissstiefel trat dem Bürgertum ins Gesicht noch rechtzeitig vor Abschluß eines Jahres, in dem daselbe Bürgertum ohne Wimperzucken die größte Militärvorlage seit Bestand des Reiches bewilligte, ohne dem Militarismus dafür etwas anderes aufzuerlegen als einen Papierkorb voll ohnmächtiger Resolutionen, die ihn auffordern, sich gütigst selbst die Krallen zu beschneiden. Was ihm denn auch, wie Babern zeigt, nicht im Traume einfällt. H. B.

Die Tätigkeit der Frau in der Gemeinde.

Von Anna Bloß.

XIII.

Die Frau in der Schulbehörde: Die Einheitschule eine Arbeitsschule.

Die Einheitschule soll allen Kindern bis zum vierzehnten resp. fünfzehnten Lebensjahr den Übergang in höhere Bildungsanstalten ermöglichen. Und zwar soll der Übertritt, wie schon erwähnt, nicht durch den Geldbeutel des Vaters, sondern durch die Begabung der Kinder entschieden werden. Als Berater bei dieser Entscheidung haben natürlich neben den Eltern die Lehrer und der Schularzt mitzusprechen. An die Elementarschule schließt sich die Mittelschule, die in zwei Abteilungen entweder auf ein späteres Studium vorbereitet oder auch die Berufsbildung in gewissem Umfang für einen bestimmten praktischen Erwerbszweig vermittelt. Diese Mittelschule wäre bis zum achtzehnten Lebensjahr zu besuchen. Für die Schüler, die dann nicht sofort in einen praktischen Beruf eintreten wollen, würde die wissenschaftliche

Hochschule das Studium der reinen Wissenschaften vermitteln. In der Technischen Hochschule würden die angewandten technischen Wissenschaften vor allem gelehrt werden. Akademien der Künste könnten als selbständige Anstalten oder auch als Zweigabteilungen der technischen und wissenschaftlichen Hochschulen errichtet werden. Die Erziehung künstlerisch Begabter durch einzelne hervorragende Meister müßte den weitesten Spielraum haben und kräftige Förderung finden. Später werde ich noch näher darauf eingehen, daß alle angewandte und ausübende Kunst, daß das Verständnis für die Kunst zuerst Hand in Hand mit dem Arbeitsunterricht gepflegt werden muß. Die Entfaltung der künstlerischen Begabung und die Erziehung zum Kunstgenuß dürfen nicht mehr das Vorrecht einzelner Menschen sein, sondern die Kunst muß dem ganzen Volke gehören. So erst wird sie ihre hohe Mission erfüllen, Quelle der Freude und Mittel der Erziehung für alle zu sein.

Für die Einheitschule aber soll das Erziehungsideal gelten, das Karl Marx, der große Bahnbrecher der kämpfenden Arbeiterklasse, mit tief eindringendem Blick formuliert hat, und das sich vollkommen mit der Auffassung der hervorragendsten neuzeitlichen Pädagogen deckt. Es ist das Grundprinzip, das alle heutigen Schulreformer vorwärts treibt und das sie durchzuführen streben. „Produktive Arbeit mit Unterricht und Gymnastik verbunden ist nicht nur eine Methode zur Steigerung der gesellschaftlichen Produktion, sondern die einzige Methode zur Produktion allseitig entwickelter Menschen.“ Mit diesen Worten hat Marx den Weg gewiesen zu dem Ziel, das Goethe als höchstes Glück der Erdenkinder bezeichnet: zur Persönlichkeit. Die Arbeitsschule, wie wir sie erstreben, soll die Theorie in die Praxis übertragen. Wir wollen keine „öden Bildungsfabriken, Kinderremisen, Kulturschuppen und Unterrichtsspeicher“, wie Gurlitt die Schulen von heute nennt.

Die Schulen, die jetzt nach Muthesius Stätten der Wortlehre sind, sollen Stätten der Tatlehre werden und dadurch unter anderem auch den Zusammenhang herstellen zwischen Elternhaus und Schule. Denn darin gerade besteht ja ein großer Fehler der heutigen Schulen, daß die Kinder dort in eine ihnen vollständig fremde, neue Welt kommen. Nicht genug damit, daß sie, die bis dahin sich ohne jeden Zwang herumtummeln und bewegen konnten, nun plötzlich zu stundenlangem ruhigem Sitzen gezwungen werden. Es wird auch im Unterricht nicht angeknüpft an das, was die Kinder an Wissen und Eindrücken in die Schule mitbringen. Sie werden im Gegenteil auf vollständig neue Bahnen gedrängt. Ihr Geist, ihr Gedächtnis wird angefüllt mit einer Unmenge abstrakten Wissens. Wir haben überfüllte Klassen, überfüllte Lehrpläne und geradezu chinesische Schulprüfungsverhältnisse. Von den Kindern aller unserer Schulen wird viel zu viel abstraktes Wissen verlangt. Unsere Lehrpläne basieren auf der Annahme, daß der Mensch um so wertvoller ist, je mehr er weiß, ohne sich darum zu kümmern, ob er dieses Wissen verdaut hat, ob er es praktisch anzuwenden versteht. Ein bekannter Kinderpathologe, Professor Dr. Trüper in Jena, schildert die unheilvollen Folgen dieses Einpfropfens von totem Wissen wie folgt: „Wer ein gutes Gedächtnis hat für Worte, und wenn es oft auch nur Worte sind, und für Zahlen, und wenn sie vielleicht auch nur Ziffern bedeuten, der besteht manchmal glänzend die Schulprüfungen und kann auf den Schulbänken die Fahrt durch das Tor manches Berufs einfach abhaken. ... Wer nun in das intellektuelle Schablonenmaß im öffentlichen Schulleben nicht ohne weiteres hineinpaßt, auch wenn Sitte und Sittlichkeit intakt sind, der wird nicht selten in seinem jugendlichen Seelenleben grausam mißhandelt, dem wird von Eltern und Lehrern prophezeit, in der Jugend unfehlbar prophezeit, daß nichts Gesehentes aus ihm werden kann.“ Professor Trüper befürchtet sogar, daß durch unsere übertriebene Geisteskultur eine Erschöpfung des Intellekts und dadurch eine Gehirn- und Geisteschwäche bei unseren Nachkommen bewirkt werde.

„Einer Verstandesüberkultur entspricht fast immer eine Willensverkrümmung. Wegen unseres Intellektualismus haben wir so wenig Tatenmenschen, und gerade solche braucht unsere Zeit.“ (B. Schmittler, Soll mein Sohn Lehrer werden?) Überall wird zu viel Wissenschaft eingepaukt und zu wenig die Fähigkeit entwickelt, Wissen, Erkenntnisse praktisch zu verwenden. Die Ausbildung des Körpers wird über totem Lernen vernachlässigt, und die Erziehung von Herz und Gemüt kommt zu kurz. Was die Schule in hygienischer Beziehung verschuldet, läßt sich leicht feststellen. Immer mehr nimmt die Kurzsichtigkeit überhand, und man sieht in Deutschland erschreckend viele Schulkinder mit Brillen. In England sind Brillenträger viel seltener. Dort ist aber auch das Verhältnis der Turnstunden zum übrigen Unterricht wie 1 zu 4, während es bei uns etwa 1 zu 20 ist. Sehr häufig findet man bei Schülern zu großen Blutandrang nach dem Gehirn. 90 Prozent der Rückgratverkrümmungen entstehen während der Schulzeit infolge des Sitzens. Durch Schulärzte wurde festgestellt, daß ein Schüler während eines Schulmonats durchschnittlich nur etwa 0,30 Zentimeter wächst, in einem Ferienmonat aber um 0,64 Zentimeter. Die vielen Schülerelbstmorde sind zum großen Teil auf die vielen Nerven- aufregungen und seelischen Depressionen zurückzuführen, die mit dem heutigen Schulbetrieb oft, ja fast stets Hand in Hand gehen. Ein großer Teil unserer Schulkinder hat auch in den Freistunden nicht genügend Zeit, zu spielen, sich herumzutummeln. Trotz aller Schutzvorschriften der Unterrichtsbehörden über die Dauer der häuslichen Aufgaben für die Schule nehmen diese viel zu viel Zeit in Anspruch. Wir wollen nicht erst von den sehr vielen Kindern reden, die zu ungesund, zermürbender Erwerbsarbeit gezwungen werden. Die Lern- und Drillschule ist zum Unglück für unsere Jugend geworden. „Da verlernen kleine Kinder schon ihr natürliches Lachen, ihr sorgloses Geplapper und ihre vertrauensvollen Fragen. Da ertötet ein fürchterlicher Geist der Zucht und Ordnung jedes natürliche Leben.“ Wir unterschreiben diese Sätze Gurlitts.

Tatsachen wie die angeführten zeigen, daß die Schule die Ausbildung des Körpers zu praktischer Tätigkeit vernachlässigt. Dadurch gehen eine Menge wertvoller Anlagen des Kindes zugrunde. Das Wort „Pädagogik“ kommt von dem griechischen „paidagogos“, was eigentlich „Anbahnführer“ heißt. Aber nicht in das papierene Leben der Schulklasse und der Schulbücher sollte der Pädagoge unserer Zeit seine Schüler führen, sondern hinein in Werkstätten, Ausstellungen, Museen, hinaus in Wälder und Felder. Man hat lange geglaubt, durch den Anschauungsunterricht diesen lebendigen Unterricht erleben zu können. Aber auch im Anschauungsunterricht bleiben die physischen Kräfte der Kinder brach liegen; auch er beschäftigt nur einen Teil ihrer Sinne. Der Anschauungsunterricht muß mit der Arbeit Hand in Hand gehen, denn erst durch die Arbeit dringen wir in das Wesen der Dinge ein. Der Arbeitsunterricht baut auf dem, was die Kinder in die Schule mitbringen, nämlich auf dem Spieltrieb. Dieser Spieltrieb aber ist im Grunde Betätigungstrieb. Die Kinder wollen nachahmen, was sie bei den Erwachsenen sehen. Beobachtet man die Kinder beim Spiel, so wird man finden, daß bei allem, was die kleinen Hände treiben, auch der Geist stark beteiligt ist. Diese Wechselwirkung zwischen Geist und Hand wurde bisher in der Schule außer acht gelassen. Noch immer lebt die Schule unter der Zwangsvorstellung, die schon Pestalozzi bekämpfte, daß „sich mit den Händen nichts Besseres machen lasse, als Bücher und Federn darin zu halten“.

Unser Genosse Robert Seidel, der bekannte Züricher Pädagoge, der die Handarbeit zum Grund und Eckstein aller harmonischen Bildung und Erziehung machen will, schildert sehr anschaulich an dem Beispiel eines Stückes Holz, wie man dieses durch die Anschauung nicht vollständig, sondern nur zum Teil kennen lernt. „Ich kann durch die härteste und geistig vertiefte Anschauung niemals erfahren, ob das Holz hart oder weich, zähe oder spröde, biegsam oder brüchig,

spaltbar oder rissig, maferig oder nicht maferig, ästig oder nicht ästig, harzig oder nicht harzig ist. Will ich diese für das praktische Leben und für die menschliche Kultur wichtigsten Eigenschaften des Holzes kennen lernen, so gibt es nur einen Weg dazu: Ich muß es bearbeiten. Ich muß es schneiden und sägen, biegen und brechen, hobeln und bohren, meißeln und stechen, spalten und schnitzen, feilen und dreheln, färben und anstreichen. Nur durch Arbeit lernt man das Wesen, die Seele und den Charakter des Holzes kennen." Was Seidel vom Holz sagt, das bezieht er mit Recht auch auf die Metalle, auf Erden und Steine, auf die Naturprodukte aus dem Tier- und Pflanzenreich. Das gilt auch von Wolle und Baumwolle, von Hanf und Seide, das gilt von allen menschlichen Erzeugnissen. Er kommt zu dem Schluß: „Der Anschauungsunterricht haftet am Äußerlichen, der Arbeitsunterricht geht ins Innere.“ Der Arbeitsunterricht soll deshalb nicht ein neues Unterrichtsfach sein, wie zum Beispiel jetzt die Einführung des Handfertigkeitsunterrichts. Er soll vielmehr „die Unterrichts- und Erziehungsmethode der Zukunft selbst“ sein.

Kinderarbeit und Kinderschutz in Baden.

Die Industrialisierung des Großherzogtums Baden macht wie die der übrigen süddeutschen Staaten rasche Fortschritte. Dort, wo vor wenigen Jahren vorwiegend Acker- oder Weinbau getrieben wurde, zwingt heute der Kapitalismus die Bevölkerung in das Joch profitgieriger industrieller Ausbeutung. Die idyllischen Täler des Schwarzwaldes sind von der wirtschaftlichen Umwälzung ebensowenig verschont geblieben wie die fruchtbare Rheinebene. Die kapitalistische Wirtschaft zwingt aber nicht nur Männer und Frauen in ihren Bann, sie verlangt auch jugendliche Opfer, verlangt Ausbeutungsobjekte im frühesten Kindesalter. Wenn die Sprößlinge der besitzenden Klassen in den Sommerferien in tannenduftenden Tälern des Schwarzwaldes Körper und Geist erfrischen, wenn sie im Winter auf blühenden Schneefeldern Kraft und Gewandtheit suchen, so seufzt ein großer Teil der landeingewanderten Jugend in banger Arbeitsqual. Die Kinderarbeit in Baden erwirbt immer mehr den traurigen Ruhm, sich neben das Kinderelend in der thüringischen Spielwarenindustrie stellen zu können.

Der letzte Bericht des badischen Gewerbeaufsichtsamtes (der Fabrikinspektion) greift entschlossen in diese soziale Sölle hinein. Er behandelt die „Kinderarbeit“ besonders. Hier wird festgestellt, daß die Zahl der gewerblich tätigen Schulkinder 1912 beträchtlich gestiegen ist, und zwar um 9½ Prozent gegen das Vorjahr. Die Verwendung von Kindern in der Hausindustrie ist zwar um 20 Prozent zurückgegangen; dafür aber hat die Beschäftigung von Schulkindern mit Austrägerdiensten um 17½ Prozent zugenommen. Der Bericht klagt namentlich darüber, daß in verschiedenen Gemeinden schulpflichtige Kinder im Hausierhandel beschäftigt werden. Sie mußten an Sonn- und Feiertagen in Wirtschaften Badwerk verkaufen. Die körperlichen und sittlichen Gefahren dieser Verwendung liegen zutage, wir brauchen sie nicht erst zu schildern.

Die erschreckende Ausbreitung der gewerblichen Kinderarbeit im Mutterlande Baden wird durch die Tabellen über die Durchführung des Kinderschutzgesetzes illustriert, die dem Gewerbeinspektionsbericht angefügt sind. Nicht weniger als 39 gesetzlich zulässige Berufsarten sind aufgeführt, in denen schulpflichtige Kinder beschäftigt werden. Nach den Erhebungen, die im Frühjahr vorgenommen wurden, zählte man als gewerblich erwerbstätig:

	Eigene Kinder	Fremde Kinder
Im Alter unter 8 Jahren	108	21
„ „ von 8 und 9 Jahren	490	159
„ „ „ 10 „ 11 „	1162	516
„ „ „ 12 Jahren und darüber	1861	1614
Zusammen	3621	2310

Also im ganzen 5931 schulpflichtige Erwerbstätige. Davon waren 3659 männlichen und 2272 weiblichen Geschlechts.

Ein ungünstigeres Bild zeigen die Erhebungen im Herbst. Hier wurden ermittelt:

	Eigene Kinder	Fremde Kinder
Im Alter unter 8 Jahren	124	15
„ „ von 8 und 9 Jahren	593	183
„ „ „ 10 „ 11 „	1205	548
„ „ „ 12 Jahren und darüber	2010	1486
Zusammen	3932	2232

Von diesen insgesamt 6164 kindlichen Ausgebeuteten waren 3748 männlichen und 2416 weiblichen Geschlechts.

Ebenso interessant wie die Zusammenstellung über den amtlich festgestellten Umfang der erwerbenden Kinderarbeit ist auch die statistische Aufmachung über die Zu wider handlung gegen das Kinderschutzgesetz. Die Frühjahrserhebungen ermittelten 2384, die Herbstserhebungen 2655 Fälle, in denen ein offensichtlicher Verstoß gegen das Kinderschutzgesetz festgestellt werden konnte. Bemerkenswert ist dabei, daß die gesetzlichen Verfehlungen — es handelt sich vornehmlich um unerlaubte Arbeitszeiten — mehr bei der Beschäftigung von fremden als von eigenen Kindern vorkommen. Der Bericht verzeichnet, daß 89 Kinder entgegen § 4 und 12 des Kinderschutzgesetzes und § 135 der Gewerbeordnung in verbotenen Betrieben beschäftigt wurden. In Güterbestättereien, Bäckereien, Schlächtereien, Maler- und Tischergeschäften, Steinflopfereien und Steinbrüchen, Kalkbrennereien und Ziegeleien, Motortwerkstätten, Bürstenfabriken, Holzwarenfabriken, Zigarrenfabriken und sonstigen industriellen Unternehmen mußte der Gewerbeaufsichtsbeamte eingreifen, um die profitlüsternen Unternehmer in die gesetzlichen Schranken zu verweisen.

Freilich: dürfen die zahlreichen Gesetzesübertretungen übersehen, solange die Strafen dafür so geringfügig bleiben, wie es der Bericht anzeigt? Nachfolgend einige Proben dafür: Ein Bäckermeister beschäftigte zwei schulpflichtige Kinder von zehn und elf Jahren an Samstagen bis 9½ Uhr abends in der Backstube und an Sonntagen mit dem Austragen von Backwaren. Er wurde mit 10 Mk. bestraft. Eine Zigarrenfabrik hatte eine schulpflichtige Wickelmacherin. Sühne: 3 Mk. Klingt diese „Bestrafung“ nicht wie Lohn? Muß sie nicht geradezu zur Kinderausbeutung anreizen? Wenn der Bäckermeister und der Zigarrenfabrikant ihre Geldstrafe vom Erlös aus der Kinderarbeit abziehen, bleibt beiden immer noch ein Gewinn, der so verlockend ist, daß sofort wieder nach einem neuen kindlichen Ausbeutungsobjekt Umschau gehalten wird. Die gleiche Rechnung gilt für eine Uhrenfabrik, die „wegen Arbeitsmangel“ sieben schulpflichtige Kinder im Alter von zwölf bis dreizehn Jahren an verschiedenen Maschinen ausbeutete und dafür mit einer Gesamtstrafe von 30 Mk. belegt wurde! Der Richter glaubte so mild strafen zu müssen, weil der Fabrikant sich in „einer Notlage“ befunden habe. Wenn ein Proletarier Brot für seine hungernden Kinder gestohlen hat, ist nur selten von der sozialen Einsicht zu hören, mit der der Richter die „Notlage“ als strafmildernden Grund anerkannt hat.

So trocken die amtliche Berichterstattung erscheinen mag, es ist ein Bild tiefen sozialen Elends, das sie aufrollt. Es ist hohe Zeit, daß die Gesetzgebung der Kinderausbeutung schärfere Grenzen zieht, daß sie die Kinderarbeit überhaupt verbietet. Hierzu mitzuhelfen, sind in erster Linie unsere Genossinnen berufen. Sei es, daß sie im wirtschaftlichen und politischen Emanzipationskampf der Klassenbewußten Arbeiter immer wieder die Aufmerksamkeit auf das Leid und das Recht der Kinder lenken, sei es, daß sie durch ihre Tätigkeit in Kinderschutzkommissionen den Vernichtern von Kindergesundheits- und Kinderglück das Handwerk legen. Daß dieses Wirken nicht ohne Erfolg bleibt, muß auch der Tätigkeitsbericht des Gewerbeaufsichtsamts konstatieren. Auf Seite 48 macht er unserer Bewegung im allgemeinen und den Mannheimer Genossinnen im besonderen folgendes Kompliment:

„Eine Kinderschutzkommission der freien Gewerkschaften in Mannheim fördert die Durchführung des Kinderschutzgesetzes sehr.“

Die Mitglieder dieser Kommission suchen die gewerblich tätigen Schulkinder zu ermitteln, Zuwiderhandlungen gegen die Gesetze durch persönliche Einwirkungen abzustellen und den Ursachen von Mißhandlung und Ausbeutung der Kinder nachzugehen. Nur wo auf gutlichem Wege Abhilfe nicht erreicht wird, soll die Hilfe der Behörden in Anspruch genommen werden. Die Zahl der Kommissionsmitglieder ist groß; auf den einzelnen entfallen nur wenige, leicht übersehbare Häusergruppen. Die Zahl der polizeilich ermittelten Gesetzesübertretungen ist denn auch in Mannheim verhältnismäßig klein."

Diese Anerkennung muß unsere Genossinnen zur weiteren eifrigen Tätigkeit auf dem dankbaren Gebiet des Kinderschutzes anfeuern. Hier liegt ein Wirkungsfeld vor, das gerade die Betätigung der proletarischen Frauen fordert und lohnt. Hier können sich wertvolle „weibliche“, mütterliche Eigenschaften zum Segen der ganzen Klasse ausleben.

Rich. Böttger, Mannheim.

Die erschütterte päpstliche Autorität.

Die München-Gladbacher Gewerkschaftschriften jubeln über das Urteil in dem Prozeß, den die Leiter der christlichen Gewerkschaften, Giesberts und Genossen, gegen eine Anzahl Redakteure von Partei- und Gewerkschaftsblättern angestrengt hatten. Mit dem Ergebnis des Prozesses können aber gerade wir außerordentlich zufrieden sein. Er hat Presse in einen Wall gestoßen, der unseren Organisationsbestrebungen unter den katholischen Arbeitern bisher unerschütterlichen Widerstand entgegensetzte. Das Hemmnis war die absolute Autorität der Kirche und ihres unfehlbaren Oberhauptes. Diese Autorität galt ganz uneingeschränkt. Es entspricht dies der Kirchenlehre von dem Zweck des Menschen auf Erden. Das irdische Leben ist danach nur die Vorbereitung auf das Jenseits. Alle Lebensbetätigungen der Katholiken müssen sich unter die Gebote Gottes beugen. Kein Denken, kein Tun, kein Unterlassen, das nicht danach zu beurteilen wäre. Ob etwas erlaubt ist oder nicht, ganz gleich, ob es sich um das private oder das öffentliche Leben handelt, darüber entscheidet in allen Fällen die Kirche und als deren Oberhaupt der Papst. Das ist für jeden gläubigen Katholiken selbstverständlich. Ebenso selbstverständlich ist es für ihn, daß er aus Pflichtgefühl gegen die Kirche dem Zentrum und den christlichen Gewerkschaften Gehorsam leistet, denn auch in diesen Organisationen erblickt er Hüter seiner religiösen Interessen. So erklären sich manche auffälligen Erscheinungen. Auf Anordnung machen die katholischen Arbeiter einmal von der Waffe des Streiks Gebrauch, und das sogar in Gemeinschaft mit den freien Gewerkschaften, dann verüben sie wieder Streikbruch. Heute wählen sie einmal sozialdemokratisch, morgen verhelfen sie gegen die Sozialdemokratie Scharfmachern und Junkern zum Siege. Sie tun's, auch wenn sie überzeugt sind, gegen ihr wirtschaftliches Wohl zu handeln, sie tun's nicht als Arbeiter, sondern als Gläubige, die dem Gebot und der Autorität der Kirche folgen. Mit dieser Autorität deckt sich das Zentrum, und darin liegt die geheimnisvolle, sonst unerklärliche Macht dieser Partei. Eine Macht, die dem Zentrum immer noch die Gefolgschaft der katholischen Arbeiterschaft sichert, obwohl es deren Klasseninteressen immer und immer wieder an die herrschende Gesellschaft verriet und verkaufte.

Dies alles muß man sich vergegenwärtigen, wenn man die Ergebnisse und Nachwehen des erwähnten Prozesses richtig einschätzen will, es gibt ihnen eine Bedeutung, die in gar keinem Vergleich steht zu dem Siege der klagenden Christenführer. Des Papstes unbedingte Autorität ist erschüttert, die katholischen Arbeiter werden in wichtigen Dingen zum Ungehorsam dawider von den nämlichen Organisationen angereizt, denen sie bisher als vermeintlichen Trägern und Willensvollstreckern der katholischen Kirche Gefolgschaft leisteten, selbst wenn sie damit ihre Interessen als Arbeiter preisgaben. Es ist eine Ironie der Geschichte, daß zu dieser

Wendung gerade die Zentrumspartei den Anstoß gegeben hat, und das obendrein mittels der gewerkschaftlichen Organisation, die von ihr eigens zu dem Zweck der Zersplitterung der Proletarier ins Leben gerufen worden ist.

Um was handelte es sich in dem Prozeß? Das kommt in den Entscheidungsgründen des Gerichts genügend klar zum Ausdruck. Den Christenführern war der Vorwurf des Doppelspiels gemacht worden. Sie gaben der Enzyklika zur Gewerkschaftsstreitfrage eine Auslegung, nach der die christlichen Gewerkschaften beim Papst keinen Anstoß erregten und keiner kirchlichen Aufsicht und Beeinflussung unterständen. Bei verschiedenen Gelegenheiten erklärten sie weiter, daß ein Entscheidungsrecht der Kirche in wirtschaftlichen Fragen nicht anzuerkennen sei. Die christlichen Gewerkschaften würden bleiben, was sie bisher gewesen, nämlich Organisationen der Arbeiter, deren Verhalten einzig und allein von den Arbeitern selbst bestimmt werde. Mit diesen Erklärungen leugnete man die unbedingte Autorität des Papstes und der Kirche in einer der bedeutungsvollsten öffentlichen Angelegenheiten. Angesichts dieser grundsätzlichen Stellung ist die Redensart durchaus belanglos, daß man in den christlichen Gewerkschaften und durch ihre Aktionen natürlich nicht gegen das religiöse Sittengesetz verstoßen werde. Sie ist schon darum belanglos, weil in der Verleugnung der päpstlichen Autorität ein grundsätzlicher Vorstoß gegen das erste und oberste Sittengesetz der katholischen Kirche liegt.

Aus verschiedenen Umständen glaubten die Angeklagten schließen zu dürfen, daß die christlichen Gewerkschaftsleiter die erwähnte Auslegung nur zur Beruhigung der evangelischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften gegeben, heimlich aber den Bischöfen gegenüber sich der Enzyklika unterworfen hätten. Diese Vermutung war in den unter Anklage stehenden Artikeln zum Ausdruck gebracht worden. Darin lag der Vorwurf des Doppelspiels. Was sagt nun das Gericht dazu? Es stellt fest, daß für eine heimliche Unterwerfung der Kläger kein Beweis erbracht worden sei. „Es war nicht die Aufgabe des Gerichts, festzustellen, was der Papst tatsächlich mit der Enzyklika gewollt oder beabsichtigt hat. Es mag den Angeklagten zugegeben werden, daß die Auslegung, die sie der Enzyklika geben, eine größere Wahrscheinlichkeit für sich hat als die anderen Auslegungen. Es mag auch sein, daß andere Leute, insbesondere der Bischof Korum von Trier, die Enzyklika anders auslegen und andere Anweisungen an ihre Untergebenen erlassen haben als die christlichen Gewerkschaftsleiter. Darauf kommt es aber nicht an, denn von einem unerlaubten Doppelspiel kann nur dann gesprochen werden, wenn Stegerwald bewußt von der Unrichtigkeit seiner Interpretation überzeugt war. Für die Annahme, daß dies der Fall war, ist keinerlei Beweis erbracht worden.“

Ob Stegerwald von der Unrichtigkeit seiner Auslegung überzeugt war oder nicht, ob er heimlich das Aufsichts- und Entscheidungsrecht der Kirche anerkannt hat oder nicht, das ist ganz nebensächlich. Das grundsätzlich Wichtige ist, daß man für die Gewerkschaften, daß man in einer der wichtigsten irdischen Angelegenheiten die unbedingte päpstliche Autorität ablehnt. Daß das absichtlich, ganz bewußt geschieht, brachte übrigens auch der Rechtsbeistand der Kläger, Dr. Schreiber, zum Ausdruck. Nach dem Prozeßbericht der „Kölnener Volkszeitung“ erklärte er unwiderprochen, das in der Enzyklika betonte kirchliche Aufsichtsrecht trage lediglich grundsätzlichen-historischen Charakter.

Es liegt auf der Hand, daß gerade die stark betonte öffentliche Ablehnung der kirchlichen Autorität in wirtschaftlichen, gewerkschaftlichen Dingen eine unabsehbare Gefahr für die Herrschaft des Papsttums bedeutet. Das Bewußtsein davon hat denn auch die streng Päpstlichen erneut gegen die gewerkschaftliche Mischmaschrichtung mobilisiert. Kardinalbischof Kopp hat in einer aufsehenerregenden Form die vielberufene Darlegung der Gewerkschaftsenzyklika öffentlich abgelehnt. Darob ist ein Streit unter den Bischöfen ausge-

brochen, der mit allen jesuitischen Mitteln geführt wird und immer weitere Kreise zieht. Von den Zentrumsdemagogen beeinflusst, treten dabei die christlichen Gewerkschaftsführer sehr selbstbewußt auf. So stark fühlen sie sich in der Opposition gegen den Willen des Papstes, daß sie ihn offensichtlich zwingen wollen, seinen besten Freund in Deutschland, eben den Kardinalbischof, preiszugeben. Wie die Geschichte auch auslaufen mag, Roms unbedingte Autorität ist erschüttert.

Beim Erlass von Enzykliken handelt der Papst nicht als Privatperson in privaten Angelegenheiten, er amtiert vielmehr als Oberhaupt der Kirche in einer Angelegenheit der Kirche. Diesem Tatbestand entsprechend wird mit der Ablehnung seiner Autorität in gewerkschaftlichen Dingen auch seine Unfehlbarkeit geleugnet. Das ist ein besonders wichtiges Ergebnis dieser Angelegenheit. Bei den katholischen Arbeitern gerät nun der Glaube an die Autorität der Kirche ins Wanken. Der schwerste und folgenreichste Schritt dazu ist getan. Noch langsam zwar, aber unaufhaltsam geht es nun vorwärts auf dem Wege zur Lösung von der Herrschaft der Kirche, wenigstens soweit es sich um die Wahrnehmung wirtschaftlicher Interessen der Arbeiter handelt.

Der katholische Arbeiter hat seine Unabhängigkeit von der Kirche in Fragen seiner wirtschaftlichen Interessenvertretung proklamiert, und das unter Leitung und Führung des maßgebenden Zentrums und seiner Organe, vor allem der Vorstände der christlichen Gewerkschaften. Nun sind die Bande frommer Scheu gelockert, die bisher die katholischen Arbeiter von einer bewußten Mißachtung der päpstlichen Autorität abhielten. Das ist wichtig und für die moderne Arbeiterbewegung von großem Vorteil.

Mit der Politik des Zentrums, zumal mit seiner Zoll- und Steuerpolitik, ist die Masse der denkenden katholischen Arbeiter schon längst nicht mehr einverstanden. Schon oft gingen Stürme der Erregung durch ihre Reihen wegen des Verhaltens dieser Partei des unablässigen Verrats am proletarischen Wohl. Die katholische Arbeiterschaft ließ sich aber immer wieder beschwichtigen, weil man sie glauben machte, Interessen der Kirche hätten die Stellungnahme des Zentrums gefordert. Man erinnere sich, daß bei der berüchtigten Finanzreform von 1909, die auch viele katholische Arbeiter brotlos machte, das Zentrum einschließlich der christlichen Gewerkschaftsführer, die Mitglieder des Reichstags waren, Beschlüsse und Forderungen christlicher Gewerkschaften mißachtete und sogar scharf bekämpfte. Damals besänftigte Herr Abgeordneter Giesberts die erregten Arbeiter mit dem Hinweis auf „höhere Interessen“, um derentwillen das Zentrum die Arbeiterinteressen bewußt habe opfern müssen.

Das Zentrum wird zukünftig mit solchem Mißbrauch der Religion zur Verteidigung seines schändlichen Verhaltens bei den Arbeitern immer weniger Gnade finden. Diese Partei selbst hat nun die Proletarier dahin belehrt, daß sie bei Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen die Autorität der Kirche, den deutlich bekundeten Willen des Papstes nicht zu beachten brauchen. Das Zentrum und die christlichen Gewerkschaftsleiter waren ja die Anführer der Rebellion gegen die Autorität des Papstes. Sind aber die Arbeiter erst von den Fesseln der kirchlichen Autorität befreit, so erstarkt auch das Vermögen zum Erfassen ihrer Klassenlage und ihrer Klassenbedürfnisse. Und damit fallen Schranken, die bisher den katholischen Arbeitern die konsequente Vertretung ihrer Klasseninteressen verwehrten. Das Zentrum kann keine Arbeiterpolitik treiben, es muß reaktionär handeln, weil es nur als Bedienter agrarischer und kapitalistischer Interessen den erstrebten politischen Einfluß zu erreichen vermag. Darum treibt die Entwicklung der Dinge, die Logik der Tatsachen die katholischen Arbeiter nun schneller auf den Weg der modernen Arbeiterbewegung.

W. D.

Für das Frauenwahlrecht.

Rede des Abgeordneten Genossen Dr. Cohn in der Sitzung des Reichstags vom 13. Januar.

Meine Herren, ich habe Ihnen namens meiner Freunde zu empfehlen, im Gegensatz zu dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Petition des Deutschen Verbandes für Frauenstimmrecht dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen. Die Petition will den Frauen das passive und das aktive Reichstagswahlrecht unter denselben Bedingungen zuerkennen, wie es den Männern jetzt schon zusteht. Sie begründet in aller Kürze dieses Verlangen mit dem Hinweis auf die allgemeinen Umwälzungen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet, die sich in den letzten Jahrzehnten unter reicher Anteilnahme der Frauen ereignet hätten. Sie führt weiter zur Begründung aus, daß die Arbeit der erwerbstätigen Frauen eine außerordentliche Zunahme erfahren habe, und weist darauf hin, daß viele Tausende von Frauen sich schon jetzt an der sozialen Arbeit für das Volkswohl beteiligen. Die Petition stellt ferner fest, daß diese Frauen und ihre zahllosen Mitschwester an allen Fragen der Gesetzgebung in gleichem Maße beteiligt seien wie die Männer, und sie weist endlich darauf hin, daß die Frau als Hausfrau und Mutter in erster Linie zur Erhaltung des Staates und der Gesellschaft beitrage und aus allen diesen Gründen ein steigendes Interesse an allen staatlichen Einrichtungen habe.

Eine ähnliche Petition hat die Petitionskommission schon im Jahre 1908 beschäftigt. Damals hat die Petitionskommission den Übergang zur Tagesordnung beschlossen, und wenn man bescheiden sein will, muß man zugeben, daß der jetzige Beschluß der Petitionskommission schon einen Fortschritt bedeutet, ungefähr denselben Fortschritt, den man zu verzeichnen hat, wenn man ein Schriftstück nicht in den großen Papierkorb, sondern nur noch in den kleineren Papierkorb hineinwirft. Die Petition vom Jahre 1908 ist im Plenum nicht mehr behandelt worden und so unerledigt geblieben.

Meine Herren, die jetzige Petition geht uns zwar nicht weit genug. Unsere prinzipielle Stellung zum Frauenstimmrecht ist ja bekannt; sie ist in unserem Parteiprogramm niedergelegt. Wir fordern das Frauenstimmrecht wie das Männerstimmrecht nicht in den Grenzen, die das Reichstagswahlrecht jetzt zieht, sondern, wie Sie wissen, für alle Personen über zwanzig Jahre. Wir könnten gegen die Petition des Deutschen Frauenstimmrechtsbundes sein, weil sie uns nicht weit genug geht. Aber wir verkennen nicht, daß, wenn das Ziel erreicht wird, eine wichtige Etappe auf dem Wege zum allgemeinen Stimmrecht erreicht wäre, wie wir es uns denken. Unser Antrag ist geeignet, den Herrn Reichskanzler und die verbündeten Regierungen zu veranlassen, ihre Stellung zu der Frage erneut zu prüfen und uns Vorschläge für eine Änderung des Reichstagswahlrechts durch Ausdehnung auf die Frauen zu machen. Wir wollen nicht das beschränkte Wahlrecht, womit sich weite Kreise der bürgerlichen Frauenrechtsbewegung leider begnügen. Der Herr Berichterstatter hat ja vorhin erst festgestellt, wie im Anschluß an die letzten Generalversammlungen des Bundes für Frauenstimmrecht große Mißlichkeiten unter den Stimmrechtlerinnen entstanden sind, wie sie sich in weiten Teilen nicht klar sind über das Maß der Forderungen, die sie zum Stimmrecht aufzustellen haben. Wir können selbstverständlich für ein Frauenstimmrecht in dem Sinne nicht eintreten, wie es ein Teil der Stimmrechtlerinnen haben will, für ein Frauenstimmrecht, das im wesentlichen auf dem Besitz beruht, das sich annähern oder anpassen will dem verschieden abgestuften Klassenwahlrecht, wie wir es in den deutschen Bundesstaaten haben. Würde man hierfür eintreten, so würde das nichts weiter bedeuten als die Anerkennung und Verewigung dieses ja doch schlechtthin ungerechten und unmoralischen Wahlrechts, das wir für die meisten deutschen Staaten zu den Einzellandtagen haben.

Wir wollen das Frauenstimmrecht durchaus nicht als ein Recht des Besitzes, sondern wir fordern es, weil es der Persönlichkeit der Frau, ihrer Stellung im Wirtschaftsprozeß, ihrer Stellung zur Gesellschaft überhaupt gebührt. Es sind vornehmlich soziale Gründe, die den Frauen das Recht geben, eine Beteiligung an der Gesetzgebung zu fordern. Gewiß, man könnte sagen, daß schon die Leistung der Frau, die ihr von der Natur zugewiesen ist, nämlich die Leistung für die Erhaltung des Bestandes der menschlichen Gesellschaft als Gebäuerin und Erzieherin der Kinder, von so ungeheurer gesellschaftlicher Bedeutung ist, daß sie es schon für sich allein rechtfertigt, der Frau mindestens, „mindestens“ sage ich, in gleicher Weise wie dem Manne einen Anteil an der Gesetzgebung zu gewähren. Zur Unterstützung dieser allgemeinen Erwägung käme noch hinzu, daß es sehr umfangreiche, wichtige Gebiete unserer Gesetzgebung und unserer Verwaltung gibt, die dem Empfinden, den Kenntnissen und dem Wesen der Frau weit näherstehen und von ihr deshalb viel besser zu beurteilen sind als vom Manne. Das ganze große Gebiet der Erziehungsfragen, das große Gebiet der sozialen Fürsorge, der Waisenspflege usw., alles das sind Dinge, bei denen die Frau von vornherein mindestens das gleiche Sachverständnis, wenn nicht ein höheres mitbringt als der Mann.

Aber abgesehen von dieser allgemeinen Erwägung zwingt uns eine Betrachtung der sozialen Stellung der Frau durchaus dazu, ihr auf dem Gebiet des Stimmrechts dieselben Rechte einzuräumen, wie der Mann sie nach der Verfassung hat. Nach der Berufszählung von 1907 standen $9\frac{1}{2}$ Millionen erwerbstätiger Frauen $18\frac{1}{2}$ Millionen erwerbstätigen Männern gegenüber. Nicht nur ein gutes Viertel, wie der Herr Berichterstatter sich ausdrückte, sondern tatsächlich die Hälfte aller erwachsenen Frauen ist durch unsere wirtschaftliche Entwicklung jetzt bereits gezwungen, sich ihren Lebensunterhalt durch eigene Arbeit zu verdienen. Der dritte Teil der gesamten Erwerbsarbeit in unserem Staate wird durch Frauen geleistet, wenigstens nach der Zahl der Erwerbstätigen. Betrachtet man die Verteilung der erwerbstätigen Frauen auf die einzelnen großen Arbeitsgebiete, so findet man in der Landwirtschaft $4\frac{1}{2}$ Millionen erwerbstätiger Frauen, im ganzen nur 700 000 weniger als erwerbstätige Männer, so daß hier die beiden Geschlechter annähernd gleich vertreten sind. In der Industrie sind im Jahre 1907 2 100 000 erwerbstätige Frauen gezählt worden; eine ganz ungeheure Zahl! Es ist hierbei gerade auf dem Gebiet der Industrie festgestellt, daß sich die Zahl der erwerbstätigen Frauen in 25 Jahren, von 1882 ab, verdoppelt hat. In Handel und Gewerbe hat sich seit 1882 sogar eine Verdreifachung ergeben, und wir zählen im Jahre 1907 bereits annähernd eine Million, genau 930 000, erwerbstätige Frauen. In den freien Berufen endlich stehen etwa 300 000 erwerbstätige Frauen $1\frac{1}{4}$ Millionen erwerbstätigen Männern gegenüber. Im Verlauf von ganz wenigen Jahren hat sich die Zahl der erwerbstätigen Frauen in den freien Berufen verdoppelt.

Meine Herren, diese Zahlen geben doch ein Bild von der fortschreitenden Bedeutung, von der von Jahr zu Jahr größer werdenden Wichtigkeit der Frau im wirtschaftlichen und sozialen Leben des Volkes, ein Bild von ihrer immer stärker und wichtiger werdenden Stellung in Staat und Gesellschaft. Es ist mit Sicherheit vorauszusagen, daß der Anteil der Frau an der erwerbstätigen Arbeit sich in den nächsten Jahren noch bedeutend erhöhen wird. Wir befinden uns mitten in einer wirtschaftlichen Krise, und alle Erfahrungen bei solchen Krisen gehen dahin, daß sie zu einer stärkeren Heranziehung der billigeren Frauenarbeit im Verhältnis zur Männerarbeit führen. Wenn sich in einigen Jahren die Bilanz dieser Krise wird ziehen lassen, so werden wir zweifellos feststellen müssen, daß sich das Zahlenverhältnis der Erwerbstätigen: ein Drittel Frauen zu zwei Drittel Männern, bedeutend in der Richtung verschoben haben wird, daß der Anteil der erwerbstätigen Frauen noch gestiegen sein wird.

Trotzdem hiernach die Frauen meiner Auffassung nach mit vollem Rechte und eigentlich viel zu spät in die Arena des politischen Kampfes, wie, ich möchte beinahe sagen die Schimpfreden von frauengegnerischer Seite lautet, hinabgestiegen sind, trotzdem die Berechtigung, die Notwendigkeit des Frauenstimmrechts eigentlich von keinem Verständigen mehr verkannt werden kann, so findet sich heute doch noch eine Gruppe von Herren hier im Saale, die entgegen dem schon viel zu milden, ja praktisch wertlosen Antrag der Petitionskommission nunmehr noch den Übergang zur Tagesordnung beantragen. Ich höre schon die Argumente voraus, die für den Übergang zur Tagesordnung vorgebracht werden. Es schide sich für die Frau nicht, in die Wahlarena zu steigen, es schide sich nicht, „den Blütenstaub von der weiblichen Seele abzustreifen“, indem man die Frau zum Subjekt oder zum Objekt in den politischen Kämpfen macht. Das sind Redewendungen, die entweder keinen Sinn haben oder nicht so gemeint sind, wie sie vorgetragen werden. Die Herren, die Zeitungen, die Frauengegner, die sich derartiger „Gründe“ bedienen, halten es für schicklich, daß die Frau sich in Wind und Wetter, in der Fabrik, auf dem Bau, im Bergwerk, in der dumpfen Heimarbeitstube zehn Stunden am Tage und noch länger abquälen muß. Der Blütenstaub der weiblichen Seele wird nach der Meinung dieser Herren durch Ziegeltragen oder durch die Tätigkeit in Bergwerken nicht entfernt, der leidet nur, wenn die Frau sich ihrer und ihrer Kinder Interessen im politischen Leben anzunehmen hat. Ich bin umgekehrter Meinung; das, was wir an Schönerm und Erhabenem in der Frau zu verehren haben, wird viel besser wieder zur Geltung kommen, wenn die Frau auch in politischer Beziehung, auf dem Gebiet des Stimmrechts das erhält, was ihr gebührt. Wenn es zahlreiche Frauen gibt, die von dem Schönen und Erhabenem, was in die Frauenseele gelegt ist, nichts mehr aufzuweisen haben, nun, so ist das vor allen Dingen eine Wirkung der leib- und seelenmordenden Überarbeit, die den Frauen in der Landwirtschaft, in der Industrie, in den Bergwerken, auf den Bauten usw. auferlegt wird. (Schluß folgt.)

Aus der Bewegung.

Adolf Ged zum 60. Geburtstag an dieser Stelle nachträglich zu grüßen, ist eine Ehrenpflicht, die wir freudigen Herzens erfüllen. Seit Jahrzehnten dient er dem Gotte seiner Überzeugung mit seiner ganzen Person, ohne zu schwächern und zu feilschen. Die Worte „persönliche Rücksichten, Familieninteressen“ stehen nicht in seinem Lexikon, Adolf Ged belam den revolutionären Sinn, die Überzeugungstreue als Erbteil im Blute mit, und die Umgebung, in der er aufwuchs, stärkte diese Bürgertugenden. Er wurde am 9. Februar 1854 in Offenburg geboren, der badischen Stadt, wo im Frühjahr 1848 die Stimme der Revolution durch große Volkskundgebungen zum Lande sprach. Sein Vater, ein hochgebildeter Mann, hatte die Laufbahn eines Rechtsgelehrten mit der des Wirtes vom „Jähringer Hof“ vertauscht. Von den Ideen der großen französischen Revolution erfaßt, glaubte er, daß sich die staatliche wie private juristische Tätigkeit nicht mit seiner Überzeugung vertrüge. Mit der geistigen Atmosphäre des elterlichen Hauses, der Stadt atmete Adolf Ged ideale Gesinnung und Interesse für das öffentliche Leben ein. Sein Berufsstudium als Ingenieur und die Beziehungen seiner Familie versprachen ihm eine glänzende bürgerliche Existenz. Jedoch der Kämpfer, der in dem jungen Manne steckte, brach bald alle Brücken zu einer solchen hinter sich ab. Zuerst fand Adolf Ged Anschluß an die „Demokratische Volkspartei“, deren Sekretär er schon als Fünfundzwanzigjähriger wurde. Seine Natur war viel zu stark aufs Ganze gestellt, als daß die Halbheiten der bürgerlichen Demokratie ihr auf die Dauer genügen konnten. Als die ersten Stürme des Sozialistengesetzes über das deutsche Proletariat daherbrausten, als die „Demokratische Volkspartei“ Geds Anträge ablehnte, die wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiter in ihr Programm aufzunehmen, da gesellte sich unser Freund 1881 als Befreiter zur Sozialdemokratie.

Adolf Ged war für die Anforderungen des Groß- und Kleinkriegs wie geschaffen, der damals mit Spähern, Denunzianten, Bütteln, Richtern und dem ganzen System der Insamien geführt

werden mußte, wollte man die Anhänger der Partei zusammenhalten und für den Sozialismus unter dem Volke wirken. Gefahren reizten ihn, Verfolgungen schreckten ihn nicht, und niemand konnte ihn in der Kunst übertreffen, mit gutem Humor und übermütiger Phantasie in allen Variationen auf das Sozialistengesetz zu pfeifen. Offenburg wurde ein wichtiger Posten der Sozialdemokratie, ein Knotenpunkt für den Vertrieb des Züricher „Sozialdemokrat“ in Baden und Süddeutschland. Im „Volksfreund“ schuf Adolf Ged das erste und lange das einzige sozialdemokratische Organ in Baden. Unter großen Mühen und Opfern hat er das tapferere Blättlein über Wasser gehalten, das 1897 in den Besitz der Partei übergegangen und nach Karlsruhe verlegt worden ist. Es ist ein großes und gutes Stück Arbeit, das Adolf Ged als Agitator und Organisator in Baden geleistet hat, ihm fügt sich hinzu sein Wirken im Offenburger Stadtverordnetenkollegium, im badischen Landtag und von 1898 bis 1912 im Deutschen Reichstag. Auf allen Gebieten seiner Betätigung ist er eifrig für die volle Gleichberechtigung der Frau eingetreten. In der Partei, in der Gemeinde, im Staat hat er für ihre Mitarbeit manche Lanze gebrochen. Er gehört zu den frühesten und treuesten Förderern der sozialdemokratischen Frauenbewegung. Daß der Kampf ihm nicht bloß Erfolge brachte, sondern auch Wunden schlug, ist des Kampfes Art. Unter dem Sozialistengesetz trugen ihm mehrere Prozesse anderthalb Jahre Gefängnis ein, und auch in der späteren Zeit hat es nicht an gerichtlichen Verfolgungen gefehlt, die materiell hart trafen. Schwerere Sorgen und Kümernisse haben Adolf Ged getroffen, wie sie niemand erspart bleiben, der der großen Sache des Sozialismus nicht bloß mit dem klugen Kopfe dient, sondern auch mit dem heißen, zuckenden Herzen. In allem äußeren und inneren Kämpfen und Ringen ist ihm ein unschätzbares Glück geworden: eine Lebensgefährtin, die ihm ebenbürtig ist, die wie er mit glühender Seele dem Sozialismus anhängt. Unzulänglich erscheinen alle Daten über Adolf Geds Lebensarbeit, abgegriffen und schaal die Lobesworte darüber, wenn man den Menschen, den Mann kennt. Es ist keine konventionelle Redensart, es ist die reine, schlichte Wahrheit, daß die Sozialdemokratie eines ihrer Besten, Erprobtesten gedenkt, wenn sie Adolf Ged zu seinem 60. Geburtstag wünscht, daß ihm nach vielen dunklen Tagen noch manches lichte Jahr beschiedt sein möge.

Von der Agitation. Noch im alten Jahre hat das Parteisekretariat für Schleswig-Holstein eine umfassende Agitation durch die Unterzeichnete betreiben lassen. Es fanden teils öffentliche Frauenversammlungen, teils Volksversammlungen in den nachgenannten Orten statt: Plön, Neustadt, Stodolsdorf, Bad-Oldesloe, Stellingen, Elmshorn, Iphoe, Heide, Marne, Husum, Friedrichstadt, Kellinghusen, Glückstadt, Utersen-Noorsee, Brunsbüttelhafen, Büdelsdorf, Schleswig, Hadersleben, Flensburg, Eckernförde und Schwarta-Lübeck. Die Tagesordnung lautete: „Die Notwendigkeit der politischen Mitbeteiligung der Frau.“ Die Versammlungen waren bis auf wenige, die unter Regen, Sturm und schlechten Wegen litten, gut besucht. In manchen Orten gab es sehr volle Säle. In Neustadt fand nachmittags Versammlung und abends das Stiftungsfest des sozialdemokratischen Vereins statt, bei dem Genossinnen mitwirkten und die Unterzeichnete die Festrede hielt. In Marne, Husum, Flensburg, Noorsee, Kellinghusen, Schleswig, Iphoe fanden nach der Versammlung kleine Besprechungen mit den Genossinnen statt. Man erörterte die zukünftige Agitation unter den Frauen und die zweckmäßige Gestaltung der Lesabende. Überall brachten Männer und Frauen einen frischen und opferbereiten Geist mit. Fast in jeder Versammlung wurden 10 bis 15 Mitglieder der Partei zugeführt und die Parteipresse erweiterte ihren Leserkreis. Unter dem Volke des meerumschlungenen Schleswig-Holstein leimt und treibt die sozialistische Ideensaat. Sie zu pflegen, daß sie reiche Frucht trägt, dafür wird vornehmlich die treue, fleißige Kleinarbeit der Genossen und Genossinnen sorgen müssen.

In gewerkschaftlichen Veranstaltungen sprach die Unterzeichnete ebenfalls in letzter Zeit. So für die Zählstelle Dresden des Deutschen Tabakarbeiterverbandes in Fabrikversammlungen, die dem festen Zusammenschluß der Zigarettenarbeiterinnen und -arbeiter in der Gewerkschaft dienen sollten. Die Versammlungen waren bis auf eine im Hauptgeschäft der Firma Gastein & Söhne recht gut besucht. „Arbeiterchutz und Wohlfahrts-einrichtungen der Unternehmer“ war das behandelte Thema. Nach dem Referat folgte oft eine sehr lebhaft debattierte Ein. Es wurde festgestellt, daß es auch in den Dresdener Zigarettenfabriken Wohlfahrts-einrichtungen mit vielen Wenn und Aber gibt. Eine Fabrik bedenkt sogar mit Erstlingswäsche. In einer Versammlung für die Filialarbeiter-schaft Neustadt der Firma Gastein & Söhne versuchte eine Arbeiterin, den Christlichen Verband in

empfehlende Erinnerung zu bringen. Dieser glaubt nämlich, in Dresden Schäfchen locken zu können. Fräulein Trautmann war mit vorgegedruckten München-Glabbacher Märchen ausgerüstet über die Wirtschaft in unseren Organisationen, die hohen Gehälter der Angestellten, die völlige Unfreiheit und Zurücksetzung der weiblichen Mitglieder in Gewerkschaften und Krankenkassen. Aber „man kennt die Weife, man kennt den Text!“ Die Glabbacher Fabrik hatte natürlich Fräulein Trautmann nicht vorbereiten können, sich mit dem Referat zu befassen. Die gegen die Dresdener Krankenkassen und Genossen Frähdorf im besonderen erhobenen Verleumdungen veranlaßten diesen, in der „Dresdener Volkszeitung“ unter der Überschrift zu antworten: „Freche Lüge“. Selbstredend war der Vertreterin christlicher Wahrhaftigkeit auch schon in der Versammlung gedient worden. Wir wünschen, daß wir öfter Gelegenheit hätten, uns so eingehend mit unseren Gegnern auseinanderzusetzen. Für die Zigarettenarbeiterinnen war das Redetournee sehr lehrreich. — Zwei Betriebsversammlungen wurden von dem Fabrikarbeiterverband Dresden einberufen, zwei öffentliche Holzarbeiterversammlungen im Erzgebirge und zwei vom Gewerkschaftsstellvertreter Oberbau. Das Bedürfnis, die Arbeiterinnen aufzuklären und zu organisieren, macht sich überall stark geltend. Marie Badwiz.

Für den Textilarbeiterverband agitierte die Unterzeichnete in Oberbaden und im Elsaß. Versammlungen fanden statt in: Freiburg, Lörrach, Tiengen, Säckingen, Burgfelden, Mühlhausen, Sennheim, Pfafstadt, Dornach, Thann, Gebweiler, Sulz, Kolmar, Bühl, Erstein und Bismarck. Die geplante Veranstaltung in Erzingen wurde wegen „der Maul- und Klauenseuche“ verboten; in manchen Orten trug die Agitation einen allgemein gewerkschaftlichen Charakter, sie wendete sich an die Arbeiter und Arbeiterinnen aller Industrien. Der Versammlungsbesuch war im großen ganzen gut, nur in einigen Orten ließ er trotz fleißiger Vorbereitung der Agitation zu wünschen übrig. So zum Beispiel in Freiburg, wo es die Textilarbeiter-schaft dringend nötig hätte, durch den Zusammenschluß ihre elenden Lohn- und Arbeitsbedingungen zu heben. Wir werden später an anderer Stelle Proben dafür anführen wie auch Tatsachen, die das Textilarbeiter-tum in Tiengen, Thann und Kolmar beleuchten. In der gut besuchten Versammlung zu Gebweiler hatte sich auch ein Fabrikdirektor eingefunden, wahrscheinlich in der Absicht, durch seine Anwesenheit die Arbeiter und Arbeiterinnen einzuschüchtern, weder Mißstände zur Sprache zu bringen, noch der Organisation beizutreten. Der Millionär und Landtagsabgeordnete Schlumberger beschäftigt am Ort in einer Weberei und Nähfabrik 1600 Arbeiter und Arbeiterinnen. Als er um proletarische Stimmen warb, versprach er, sich der Arbeiterinteressen anzunehmen. In seinen Betrieben zu Gebweiler verdienen Männer, Familienväter 2,50 Mk. den Tag, die Frauen 1,80 bis 2 Mk. Eine besondere Art, ein feierliches Versprechen einzulösen. In Erstein hat sich die Textilarbeiter-schaft noch nicht so viel aus Elend und Gleichgültigkeit aufgerafft, um eine Organisation zu schaffen. Der Gauvorstand des Verbandes hat es an Ermunterung dazu nicht fehlen lassen, doch hält sklavische Furcht die ausgemergelten Textilproletarier von Versammlungen und Organisation fern. Unsere Agitation hat dem Verband neue Mitglieder gebracht. Mögen sie in vollem Umfang ihre Pflicht tun. Dazu gehört auch, daß sie die Werbearbeit unter den noch schlafenden Lohnsklaven des ausbeutenden Kapitals eifrig weiterführen. Sie müssen ihnen Narmachen, daß der einzelne dem Unternehmer gegenüber machtlos ist, dem Strohhalm gleich, den der Wind fortjagt. Gerade in der Textilindustrie tut der Zusammenschluß der Arbeiterschaft dringend not. Mit rücksichtsloser Grausamkeit schreiet hier der Kapitalismus über Menschenleben hinweg. Gebieterisch rufen die Arbeitsbedingungen den Ausbeuteten zu: Organisiert euch! Theresie Blase.

Ferien-spaziergänge für Arbeiterkinder in Heilbronn. Der Mangel an geeigneten Kinderspielflächen hatte schon 1912 die organisierte Arbeiterschaft bestimmt, für die Schuljugend Ferien-spaziergänge zu veranstalten. Mitglieder der Frauengruppe unseres sozialdemokratischen Vereins stellten sich bereitwillig für solche Veranstaltungen zur Verfügung. Ihre Arbeit hat sich als recht erfolgreich erwiesen. Die Spaziergänge vereinigten schon 1912 eine gute Anzahl von Volksschülern und fanden den Beifall der Eltern, zumal der Mütter, die ihre Kinder gut versorgt wußten. 1913 hat sich die Zahl der Teilnehmer verdoppelt und damit auch die Arbeit und Verantwortlichkeit der Genossinnen. Es fanden 13 Spaziergänge statt, 1912 waren es nur 10 gewesen. Von dem Sammelplatz in der Allee aus zogen die Kinder mittags 1½ Uhr mit Gesang und Fahnen — die das Gewerkschaftsstellvertreter — durch die Stadt

dem Walde zu oder dem Spielplatz des Arbeiterturnvereins Jahn. Dieser war wegen seiner Einrichtungen sehr beliebt und bei ungünstigem Wetter stets das Ziel des Marsches. 300 bis 450 Kinder tummelten sich froh unter guter Aufsicht herum, die nicht immer ganz leicht war. Von der Zahl der zu leitenden abgesehen, bleiben Kinder eben Kinder, und es wird unter ihnen nie an tollen Streichen fehlen. Jedoch dank der Ansicht und Hingabe der Genossinnen verlief alles aufs Beste. Die praktische Gestaltung der Kontrolle hat dazu beigetragen. Vor dem Abmarsch nach dem Spielplatz erhielt jedes Kind ein Kontrollkärtchen mit seinem Namen. Zwischen den Spielen gab's eine Ruhepause, in der die Kinder einen kleinen Imbiß erhielten: Marmeladebrot mit Milch oder Limonade. Den Abschluß der Spaziergänge bildete ein „Kaffeefest“ in den Kilianshallen, die kaum jemals soviel Kinder beisammen gesehen haben dürften. Den Genossinnen war es eine Herzensfreude, mit vollen Händen die Berge von selbstgebackenen Kuchen auszuteilen. Wie leuchteten die Augen der Kinder, wie arbeiteten die Mäulchen! Bald ertönte Gesang, lustige Kinderlieder, alte Volkslieder folgten einander. Das Fest hat den allgemeinen Wunsch noch verstärkt, daß auch 1914 Ferienpaizergänge veranstaltet werden sollen.

Was die finanzielle Seite der Einrichtung anbelangt, so haben die Ferienpaizergänge 1913 eine Gesamtausgabe von 312,40 Mk. erfordert. Der größte Posten darin ist mit rund 145 Mk. der für Brot. Die Gesamteinnahme stellte sich auf 357,92 Mk. Das meiste trugen dazu die Gewerkschaften mit 227 Mk. bei, kleinere Beträge kamen durch Sammellisten der Genossinnen usw. zusammen. Für die Veranstaltungen des kommenden Sommers ist ein Überschuß von 45,52 Mk. verblieben. Die Kommission, die die Ferienpaizergänge vorbereitete und leitete, hatte sich mit dem Ersuchen an die Stadtverwaltung gewendet, 150 Mk. zur Förderung des Unternehmens zu bewilligen. Sie war dabei von der Ansicht geleitet, daß es von Rechts wegen Sache der Gemeinde sein müsse, für das nicht zu leugnende Bedürfnis zu sorgen, den Arbeiterkindern in den Ferien Aufenthalt und Spiel im Freien zu sichern. Für den wirklich gemeinnützigen Zweck der Spaziergänge sprach die Tatsache, daß die Beteiligung daran an allen Kindern offen stand, ganz gleich, ob und wo der Vater organisiert sei. Das Gesuch wurde abgelehnt. In den Verhandlungen darüber wurde schon die „Firma“ der Antragsteller als „politisch“ beanstandet. Die weisen bürgerlichen Stadtväter stellten sich auf den Standpunkt, daß die Bewilligung des Zuschusses gleichbedeutend sei mit der Unterstützung einer politischen Partei, und obendrein welcher! So blieb's beim Nein, trotz aller Gründe der Menschlichkeit und — Wahrheit. Wenn es sich um bürgerliche Wohltätigkeit gehandelt hätte oder um ein Festessen für hohe Herrschaften, so hätten die Herren bürgerlichen anders gekommt! Auch im kommenden Sommer werden die Ferienpaizergänge stattfinden. Ihr Nutzen ist Opfer wert. Schöne Gefühlsbände sind zwischen den Großen und Kleinen und den Kindern untereinander entstanden. Gemeinsamkeitsempfinden hat in vielen kleinen Herzen zu keimen begonnen, und Jungen wie Mädchen haben zum Segen für die Gesundheit von Leib und Seele Lust und Licht, Wald und Spiel unter liebevoller Betreuung genossen. Die Heilbrunner Genossinnen werden ihr Bestes tun, damit die Ferienpaizergänge für die Kinder des arbeitenden Volkes eine Quelle der Freude und Kraft sind.

L. S. und A. B.

Politische Rundschau.

Dem völligen Siege der Junker und der Militärkamarilla im Falle Zabern ist nun das Siegel aufgedrückt worden durch den Rücktritt der elsass-lothringischen Regierung und die Berufung eines Stofjunkers, eines preussischen Bureaukraten namens Graf Koedern zum Staatssekretär, das heißt leitenden Minister der Reichslande. Der Statthalter Graf Wedel, der Reaktionen und Alldeutschen längst verhaßt ist wegen seines Bestrebens, die Elsass-Lothringer ohne gar zu plumpe Drohen mit dem preussischen Krückstock für die deutsche Herrschaft zu gewinnen, wird den Jörn v. Bulach, Mandel und Petri in Kürze in die Pension folgen. Der Kreisdirektor Mahl, der einen durch das Militär provozierten Straßenaufmarsch noch nicht als Revolution und Gefährdung der Armee erkannte, wurde aus Zabern nach Thamm im Oberelsaß abgeschoben. Allerdings werden auch Oberst v. Reuter und Leutnant v. Forstner nach dem Osten versetzt werden. — Damit sind aber noch nicht alle Bande zwischen den „Wades“ und Forstner gelöst. Wegen diesen Missionar deutscher Kultur und Schlingling der Militärpartei, dem nach seinem Freispruch in Sträßburg hohe Offiziere die Hand drückten, schwebt noch ein Prozeß wegen Verführung einer Minderjährigen. Hingegen mußten die Militärbehörden ihre Klage gegen die Zeitungen

zurückziehen, die mitgeteilt hatten, Forstner habe in der Instruktionsstunde seine Mannschaft aufgefordert, auf die französische Fahne zu sch... das heißt von der französischen Fahne den Gebrauch zu machen, den er von seinem Bette im Manöver machte. — Jedoch man hat Reuter und Forstner Garnisonen und Truppenteilen zugewiesen, die ihre Veretzung zur Beförderung stempeln. Ganz besonders ist das aber bei der Veretzung des Generals v. Pellet-Arbonne der Fall, der an die Spitze der Gardekavalleriedivision berufen wurde. Seine Führung der Kriegsgerichtsverhandlung und die telegraphische Meldung des Urteils an Jagow und den Januschauer hat ihm also nichts geschadet. Mars regiert — der Kaiser hat die erste Gelegenheit benützt, um zu zeigen, daß er diesen Kurs höchstpersönlich steuert. Er hat das Reichstagspräsidium demonstrativ geschnitten, das ihm nach byzantinischer Gepflogenheit die Glückwünsche der bürgerlichen Mehrheit des Parlaments zu seinem Geburtstag bei der Defiliercour des Hofes zu überbringen hatte. Das bietet Wilhelm II. der frommen bürgerlichen Mehrheit, die nach ein paar leidlich entschiedenen Worten längst jeden Vorfall aufgegeben hat, die kaiserliche Kommandogewalt ein klein wenig zu beschränken, so daß sie halbwegs mit der Verfassung in Einklang käme. Die zahmen Liberalen und Zentrumsleute haben eine solche Behandlung nach ihren staatsverhaltenden Leistungen der letzten Zeit, nach ihren glanzvollen Umsfällen wirklich nicht verdient. Abrißens machte ein konservatives Blatt die Andeutung, daß der Kaiser durch sein ungnädiges Votum wohl auch seine Verstimmlung darüber kundgeben wollte, daß das Präsidium die sozialdemokratischen Angriffe auf den Kronprinzen nicht verhindert habe. Wie war's also mit einer kleinen Beschränkung der parlamentarischen Redefreiheit zugunsten kronprinzlicher Herausforderungen und Blamagen? Wir sind doch nicht schuld daran, wenn der Kaiser seinen Sohn nicht besser gezogen hat. Jene Angriffe nagelten vor allem die Tatsache fest, daß der Kronprinz mit offenkundigen Staatsstreichhebern wie dem Junker Oldenburg und ähnlichen Leuten innige Beziehungen unterhält. Diese Wahrheit vermag der Reichskanzler dadurch nicht zur Unwahrheit zu machen, daß er wider den Ankläger die heftigste Entzündung markiert. Immerhin hat die todesmutige Ablehnung einer Tatsache, die vor aller Welt Augen liegt, dem Kanzler die besondere Huld des Kronprinzen eingetragen. Der Thronfolger, der in letzter Zeit mehrfach gegen die Wehmannsche Politik demonstrierte, hat dem Kanzler jetzt alles verziehen und ihn zum Zeichen dessen zu Tisch geladen, ein Gnadenbeweis, der dem Dr. jur. v. Jagow etwas früher zuteil geworden war. Es soll auch wohl diese Versöhnung dem Würdgetum zeigen, daß die verschiedenen Spitzen der Herrschenden jetzt in der Verteidigung der militärischen Vorherrschaft und deren Unabhängigkeit von allen Verfassungs- und Gesetzesbestimmungen wieder völlig einig sind. Zu diesen Demonstrationen, die alle etwa noch verbliebenen oppositionellen Regungen des Bürgertums ersticken sollen — nebenbei eine ganz überflüssige Mühe — gehören auch die Ordensverleihungen an den Kriegsgerichtsrat a. D. Komen und den Verleger des Lokalanzeigers Scherl. Herr Komen gehörte zu den begeisterten Verteidigern der Krupp und Reuter, und die Blätter des Herrn Scherl haben den Romenschen und ähnlichen Rechtsverdreherungen Verbreitung gegeben.

Die Blamage, die sich Konservative und Echtepreussische mit der Tagung des Preußenbundes zugezogen haben, hat die nie verlegenen Herren Preußens und des Reiches natürlich nicht einen Augenblick in der Verfolgung ihrer reaktionären Pläne aufgehalten. Im preussischen Dreiklassenhaus unternahmen sie einen heftigen Vorstoß gegen die eben erst eingeführte Krankenversicherung der Diensthoten. Daß die Diensthoten in den Ortskrankenkassen mit den klassenbewußten Arbeitern irgendwie in Verbindung kommen könnten, paßt den Herrschaften durchaus nicht. Außerdem sind ihnen die Beiträge zu hoch, und schließlich graut ihnen bei dem Gedanken, daß Krankenkontrollure, die vielleicht sozialdemokratisch gesinnt sind, den „Frieden der Häuslichkeit“ stören und dabei auch einen Einblick in die vielfach sehr ungedungen und unwürdigen Schlafstätten der Diensthoten gewinnen könnten. Die Junker haben für solche Schmerzen natürlich volles Verständnis — am liebsten möchten sie die Krankenversicherungspflicht der Diensthoten einfach wieder beseitigen, so daß diese lediglich auf sechs Wochen Krankenfürsorge durch die Herrschaft zu beanspruchen hätten wie bisher. Wenn das aber nicht geht, weil der Reichstag da im Wege steht, so wollen die Junker wenigstens die Diensthoten allesamt aus den Ortskrankenkassen, in denen die klassenbewußten Arbeiter einige Rechte besitzen, herausgenommen wissen. Für sie sollen auch in den Städten sogenannte Landkrankenkassen errichtet werden, die zwar für die Versicherten bedeutend weniger leisten als die großen Ortskrankenkassen, aber dafür auch geringere

Beiträge erheben und den Versicherten keinerlei Rechte auf Mitwirkung bei der Verwaltung geben. Die preussische Regierung hatte für die Forderung der Junker natürlich alle Sympathie, und der Handelsminister Sydow versprach, sogleich alles, was er vermöge, zu tun, um sie zufriedenzustellen. Bemerkenswert ist, daß außer dem sozialdemokratischen Sprecher kein Verteidiger der bedrohten Rechte der Dienstboten im Dreiklassenhause auftrat, auch die Nationalliberalen und Fortschrittler bewiesen ihre Gefinnungstüchtigkeit, indem sie ihren Abscheu vor den „sozialdemokratischen Klassen“ an den Tag legten.

Im Reichstag fand beim Etat des Innern die sozialpolitische Debatte statt, in der unsere Genossen wie immer eine Fülle von Beschwerden über mangelnden Arbeiterschutz, Übelstände in der Arbeiterversicherung und anderes mehr, kurz über die Stellung in der Sozialreform vorzubringen hatten. Die bürgerliche Mehrheit bewies ihr mangelndes Interesse an diesen Arbeiterfragen durch trappweises Schwänzen der Sitzungen, während ihre Redner mit den Vertretern der Regierung im Beschönigen und Vertuschen der Mißstände weitverfart. Ein besonderes Kapitel in dieser Debatte war die über die Ausführung des Reichsvereinsgesetzes, in der die sozialdemokratischen Beschwerdeführer Sukkurds von Polen, Dänen, Elsaßern und auch vom Zentrum und Fortschrittler erhielten. Unberührt jedoch von den reichhaltigen Vorträgen, womit die Redner die schikanöse, den Willen des Gesetzgebers häufig gräßlich mißachtende Ausführung des Gesetzes namentlich in Preußen nachwiesen, behauptete der Regierungsvertreter unter dem Beifall der Junker und der Nationalliberalen, daß alles in bester Ordnung sei und daß die Regierung daher alle Anträge auf Verbesserung des Gesetzes strikte ablehne. Daß die freie Jugendbewegung mit Hilfe einer bedenkenlosen Auslegung des Gesetzes aufs schlimmste verfolgt wird, schier unter Ausnahme-recht gestellt wird, das ist natürlich nach der Regierung durchaus angebracht, und in dieser Hinsicht stimmen ihr mehr oder minder offen alle bürgerlichen Parteien bei. Diese Praxis wird mit aller Kraft fortgesetzt werden, um so mehr ist es Pflicht der proletarischen Eltern, ihre Kinder der freien Jugendbewegung zuzuführen.

Zum drittenmal hatten die Konservativen zum Etat des Innern ihre schon zweimal abgelehnte Resolution eingebracht, die die Wiederbelebung der Buchhausvorlage fordert. Sie ist auch diesmal abgelehnt worden gegen die Stimmen der Konservativen und ihres freikonservativen Anhängers. Indessen darf dieser Ausgang die deutschen Arbeiter nicht in Sicherheit wiegen. Viel gefährlicher als dieser offene Angriff auf das Koalitionsrecht sind die meuchlerischen Anschläge, für die sich in den Reihen der Nationalliberalen und auch beim Zentrum und den Fortschrittler immer mehr Anhänger sammeln. Die Nationalliberalen wagten diesmal noch kein offenes Bekenntnis, sondern forderben vorläufig die Vorlage einer Denkschrift, die das Material über den „Koalitionszwang“ der Arbeiter sammeln sollte; die betreffende Resolution wurde allerdings diesmal noch mit Hilfe des Zentrums abgelehnt. Die Schwarzen wagen jetzt, wo die christlichen Gewerkschaftler wegen des neuerlichen, inzwischen freilich wieder zurückgenommenen Angriffs des Kardinals Kopp ohnehin gereizt sind, nichts zu tun, was ihre Arbeiterwähler gegen sie erbittern könnte. Indes ist in dieser Frage trotz alledem keinerlei Verlaß auf das Zentrum.

Der Generalpardon, der aus Anlaß der Erhebung des Wehrbeitrags für alle jene braven Staatsstüben erging, die bisher ihr Vermögen bei der Steuereinschätzung zu niedrig angegeben hatten, bringt einen ungeahnten Umfang der Steuerhinterziehung zutage. So wurden in Eisenach 10, in Frankfurt am Main 300, in Hannover ebenfalls 300 Millionen Mark mehr Vermögen deklariert, als bisher versteuert wurden. Der werktätige Patriotismus der Besitzenden erstrahlt im hellsten Licht — unwillkürlich taucht die Frage auf, wieviel Millionen oder Milliarden jetzt wohl noch verschwiegen werden mögen.

Im Herzogtum Braunschweig hat sich die Regierung des neuen angestammten Welfenherrschers mit zwei Straßenschlachten der Polizei gegen die Arbeiterschaft eingeführt. Mit blankem Säbel und Gummiknüppel gingen die Polizisten gegen die Straßendemonstrationen vor, die die Regierung daran erinnern sollten, daß das Volk viel notwendiger als einen Herzog das gleiche Wahlrecht braucht. Die zweite dieser Straßenschlachten endete mit einer Schlappe der Polizei, die Ausdauer und das Massenaufgebot der Proletarier vereitelten das Unternehmen, die Straßen zu „räumen“. Die Polizei mußte schließlich abziehen, und die Arbeiter zogen am Schloß vorbei.

Eine Nachwahl zum Reichstag, die am 3. Februar infolge Ungültigkeitserklärung des Mandats des nationalliberalen Abgeord-

neten Kölsch im badischen Wahlkreis Offenburg-Nehlf. stattfand, brachte ein der Sozialdemokratie ungünstiges Ergebnis. Während die Nationalliberalen und das Zentrum je etwa 600 Stimmen gewannen, verlor die Sozialdemokratie gegen 700. Bei den badischen Landtagswahlen im vorigen Jahr ging es bekanntlich ähnlich. Die Annahme, daß das enge Verhältnis zu den Liberalen, das unsere badischen Genossen eingegangen sind, die Werbekraft unserer Partei beeinträchtigt, erfährt also Verstärkung. Dabei vermögen unsere badischen Genossen durch diese Politik, die die scharfe Trennungslinie verweist, welche die Arbeiterklasse von der bürgerlichen Gesellschaft scheidet, nicht einmal die Anerkennung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung der Sozialdemokratie zu erreichen. Der Minister v. Bodmann wandte sich im Landtag heftig gegen die Großblockpolitik und erklärte dabei, daß die Verweigerung der Regierungsbestätigung für Sozialdemokraten, die in die Bezirksräte gewählt wurden, keine Verletzung der Verfassung sei, Sozialdemokraten paßten für solche Posten nicht.

In Britisch-Südafrika hat das Unternehmertum dem Proletariat eine Lektion im Verfassungswesen erteilt. Der Massenstreik der Arbeiter des südafrikanischen Bundes ist von der Regierung — an ihrer Spitze steht der ehemalige Virengeneral Botha, der einst die Freiheit der Buren gegen die Herrschaftsansprüche der südafrikanischen Minencapitalisten verteidigte — in der brutalsten Weise, mit nackter Gewalt, unter Zertrümmerung aller verfassungsmäßigen und gesetzlichen Rechtsgarantien niedergeknüppelt worden. Als Krönung dieser Revolution von oben stellt sich die ungesetzliche Verhaftung und Deportierung der Streikführer dar, denen die Rückkehr in das Bundesgebiet für immer verwehrt werden soll. Die Arbeiter haben sich fürs erste der überlegenen Gewalt fügen müssen — die weißen Proletarier sind eine kleine Minderheit in dem Lande, wo das Kapital mit Vorliebe rechtlose Schwarze und Jnder ausbeutet, und die Buren haben sich völlig der Regierung zur Verfügung gestellt —; die Lehre aber, die ihnen die Herrschenden durch diesen frechen Rechtsbruch erteilt haben, wird sich einst gegen die Übermütigen wenden. Die Lehre gilt übrigens nicht nur für die südafrikanischen Proletarier, sie geht die ganze Internationale an. Die englische Arbeiterpartei, die dieser Tage ihre Jahresversammlung abhielt und die diese Vergewaltigung Streikender in einer englischen Kolonie mit englischem Recht besonders nahe berührt, hat scharfe Proteste und eine Aktion im englischen Parlament beschlossen. Es wäre zu wünschen, daß das drohende Panal vom Süden ihr die Augen öffnete für die Notwendigkeit einer klaren, grundsätzlichen Politik des schärfsten Klassentampfes.

30 000 schwedische Bauern sind am 6. Februar nach Stockholm vors Schloß gezogen und haben unter dem Einfluß einer militaristischen Propaganda, die ihnen die Gefahr eines Überfalls durch Rußland in den grellsten Farben malte, für Beschleunigung der militärischen Rüstungen und für Verlängerung der Militärdienstzeit von 8 auf 12 Monate demonstriert. Die Sozialdemokratie kämpft gegen diesen Rückschritt, sie veranstaltete am 8. Februar eine große Gegendemonstration von 45 000 Arbeitern. H. B.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Der Kampf um das Koalitionsrecht entrennt immer heftiger. Die Arbeiterschaft hat in ihm insofern eine ungünstige Stellung, als sich ihre Organisationen durch den Gegner in die Defensive haben drängen lassen. Seit langer Zeit bearbeiten die Unternehmer planmäßig Regierung und bürgerliche Parteien, soweit diese nicht von selbst entschlossen sind, die Koalitionsfreiheit zu erdroffeln. Die öffentliche Meinung wird von den Scharfmachern gut gedüngt, nicht nur die ausgesprochen reaktionäre Presse, auch die „neutrale“ überflutet ständig ein schmutziger Strom von Schauermärchen, die den Organisationszwang der Gewerkschaften erweisen sollten. In Wahrheit liegen aber die Dinge so, daß die Arbeiter des Koalitionsrechtes bereits in weitgehendem Maße beraubt sind. „Die Arbeiter haben das Koalitionsrecht, aber wenn sie es ausüben, werden sie bestraft,“ muß sogar ein bürgerlicher Geschrier zugeben. Nicht nur, daß die Koalitionsfreiheit der Arbeiter durch die strupellos ausgeübte wirtschaftliche Übermacht ihrer Ausbeuter zertreten wird, nein, auch die Behörden, Polizei und Gerichte berauben die Ausgebeuteten ihres staatsbürgerlichen Anspruchs auf feste Kampfesvereinigung. Im Reichstag haben die Genossen Heine und Legien das heuchlerische Gebaren der Terroristenschreier aufgedeckt, ihre Schützlinge, die gewerkschaftlichen Streikbrecher gekennzeichnet und die Vergewaltigung des Rechtes durch Polizisten und Juristen gezeigelt. In letzter Zeit haben Partei und Gewerkschaften im ganzen Reiche Protestversammlungen gegen die Einschränkung- und Bedrohung des Koali-

hionsrechtes veranstaltet. In ihnen wurde die Tagesordnung durch ein überreiches Material illustriert, das den gegen die Arbeiter verübten Terrorismus unanfechtbar erweist. Typisch für die „Koalitionsfreiheit“ sind die Erfahrungen, die der Fleischerverband mit dem Terrorismus der Innungen gemacht hat. Fast in allen Städten werden die übergroße Zahl der Arbeitsstellen für die Gehilfen von den Innungsnachweisen des Fleischergewerbes vermittelt. Diese Institute weisen jedoch dem Gehilfen nur Arbeit nach, wenn er die Erklärung abgibt, daß er nicht Mitglied des Zentralverbandes ist und auch nicht werden wird. Die Innungsmeister werden außerdem verpflichtet, in dem gleichen Sinne auf die von ihnen beschäftigten Gehilfen einzuwirken. Zur Auskundschaftung von organisierten Gehilfen werden die Lehrlinge als Spitzel mißbraucht. Ihnen wird eine Mark als Prämie für jede Angabe über die Organisationszugehörigkeit eines Gesellen gezahlt. Noch empörender ist es, daß die Behörden das offenkundig ungesetzhliche Treiben sanktionieren. Auf eine Beschwerde hin hat nämlich der Magistrat von Frankfurt a. M. als Aufsichtsinstanz für das Innungswesen den Bescheid erteilt: „Die Innungen können grundsätzlich ihren Mitglieder Beschränkungen in der Annahme von Arbeitspersonal auferlegen. Ein Verstoß gegen das allgemeine Recht oder gegen die guten Sitten sei in dem Vorgehen der Innung nicht zu erblicken, insbesondere liege eine Verletzung des § 152 der Gewerbeordnung nicht vor.“ Wenn das kein Verstoß gegen die guten Sitten und keine Verletzung des § 152 der Gewerbeordnung ist, dann hängt doch um alles in der Welt die ganze Gesehsmacherei an den Nagel. Erklärt einfach: die Unternehmer haben die Freiheit, zu tun und zu lassen, was ihnen beliebt, der Arbeiter aber muß auf jeden Fall bestraft werden! Bleibt uns doch bei dergleichen Unverschämtheiten mit juristischen Deuteleien vom Leibe. Ergänzt wird diese „Rechtsprechung“ durch die Entscheidungen, die die Gerichte fällen, wenn die Arbeiter den Arbeitsnachweis als Kampfmittel benützen. Der Fleischerverband ist schon zweimal zum Schadenersatz an Meister verurteilt worden, lediglich weil er die Anerkennung des Verbandsarbeitsnachweises verlangt hatte. — Ein Lied über das Thema Koalitionsfreiheit und Massenjustiz weiß auch der Landarbeiterverband zu singen. Der hat durch sein wenn auch langsames, so doch stetiges Vordringen im Landproletariat sich den Haß der Agrarier zugezogen. Kann man den Verband nicht mit Dreschlegel und Hengabel umbringen, so bemüht man sich, ihn mit sogenannten Gesetzen zu erwürgen. In der Kasseler Landwirtschaftskammer erklärte einer der Edelsten dem Verband den Krieg; er meinte unter anderem, es müsse untersucht werden, ob hier nicht eine ungesetzhliche Koalition vorliege. Diese Frage stellen, hieß sie sofort bejahen. Der Syndikus des Bundes der Landwirte war vom Direktorium des genannten Bundes mit dem Studium der Landarbeiterverhältnisse des In- und Auslandes betraut worden. Seine Arbeit hat sich zu einem Gutachten verdichtet, in dem Klipp und Klar nachgewiesen wird, daß der Landarbeiterverband eine politische Organisation sei. Es fehlte nur noch, daß der Landarbeiterverband sich gegen diese unverschämte Lüge verteidigte, anstatt dem Herrn eins auf den Doktorhut zu geben und ihm zu sagen, daß niemand in wirtschaftlichen Vereinen herausfordernder Politik treibt als seine Brotgeber. Ein bezeichnendes Zusammentreffen! Fast zu gleicher Zeit, als die juristischen Schlussfolgerungen des Herrn Syndikus erschienen, erklärten schlesische Gerichte mit genau derselben Begründung den Landarbeiterverband für politisch. Es ist höchste Zeit, daß die Arbeiter aus der Defensiven zur Offensiven übergehen. Für sie gilt es nicht allein, das bisher Errungene zu verteidigen, nein, erst ihr Staatsbürgerrecht zu erringen.

Die Unterzeichnung der örtlichen Tarifverträge im Baugewerbe geht nur langsam gegen den Widerstand der Unternehmer vorwärts. Namentlich im Osten pfeifen die Herren einfach auf die Entscheidungen des Haupttarifamtes. Einzig in seiner Art ist das Benehmen der Mecklenburger Unternehmer. Sie lassen durch ihre Organisation Tarifverträge schließen, während sie zur gleichen Zeit als einzelne Unternehmer die Arbeiter zum Austritt aus dem Verband zu zwingen suchen.

Im Schneidergewerbe finden zurzeit zentrale Tarifverhandlungen für etwa 60 Städte statt. Der Schneiderverband hat den Unternehmern die Tarife für verschiedene Städte gekündigt, ihr Ablauftermin ist der 1. März. Die zentralen Verhandlungen, die unter dem Vorsitz eines Unparteiischenkollegiums geführt werden, gestalten sich sehr schwierig. Denn die Tarifverhältnisse sind sehr verwickelt infolge der bis ins einzelne gehenden Akkordtarife, der Einteilungen in die verschiedenen Tarifklassen usw. In Stuttgart stehen 317 Arbeiter und 68 Arbeiterinnen der Herrenkonfektion im Kampfe. Zum Teil streifen sie, zum Teil sind

sie ausgesperrt, weil der seit vier Jahren bestehende Tarif zum 1. Januar gekündigt worden war und ein neuer nicht zustande kam. — In Gotha führen die Schneider bei einer Firma einen Abwehrkampf gegen Lohnabzüge.

Im Gärtnergewerbe laufen zum Frühjahr drei umfangreiche Tarifverträge ab, nämlich in Hamburg, München und Düsseldorf. Sie regeln die Arbeitsverhältnisse von rund 800 Personen. — Die Brauereiarbeiter von Groß-Berlin haben den Unternehmern zum Ablauf des bestehenden Tarifs eine neue Vorlage mit verschiedenen Arbeitsverbesserungen eingereicht. — In der Schuhindustrie in Speyer droht eine größere Aussperrung. Eine Firma kündigte etwa 250 Arbeitern und Arbeiterinnen, die die Einführung der 54stündigen wöchentlichen Arbeitszeit gefordert hatten. Die Firma verlangte die bedingungslose Zurückziehung dieser Forderung. — Die Tapeziererhilfen in Magdeburg hatten den Tarif gekündigt, der bis zum 15. März abläuft. Die Unternehmer antworteten darauf mit sofortiger Aussperrung, obgleich der Tarif zunächst doch noch bestand. Die Order zu diesem Schritt gab die Innung. Sie erließ an die Meister ein Rundschreiben, worin es hieß, daß laut Innungsbeschluss jeder Meister verpflichtet ist, die dem Verband angehörenden Gehilfen sofort zu entlassen.

Welch hohe Summen die Streikbrechervermittler bei ihrem Menschenhandel verdienen, das wurde unlängst vor Gericht bestätigt. H e s s e r g, der früher so oft selbst die Armfönderbank gedrückt hatte, durfte in einem Prozeß Zeugnis ablegen gegen einen seiner Angestellten namens Meyer, der jetzt im Dienste einer Konkurrenzfirma steht. Er soll bei einem Streikbruchgeschäft Herrn Hessberg 1214 Mk. unterschlagen haben. Dabei kam zur Sprache, daß Meyer für die Lieferung von Streikbrechern in Gent 108 000 Franken einzuziehen sollte, und daß Hessbergs Beauftragte mit Summen bis 400 000 Mk. arbeiten! Wie ersichtlich, ist Hessbergs Handwerk nicht nur ehrenvoll, sondern bringt auch Gewinn. Die Unternehmer lassen es sich tausende und aber tausende von Mark kosten, um allerlei zusammengesetztes, arbeitsunfähiges Volk in ihre Betriebe zu bekommen, bloß damit sie ehrlichen Arbeitern nicht einige Pfennige Lohnzulage gewähren müssen. — Ein Prachtexemplar unserer „nützlichen Elemente“ ist der „Monteur“ Keiling aus Berlin. Wahrscheinlich stammt er aus Österreich, hat aber seit 1913 seinen schwindehaften Handel mit Menschen in Deutschland etabliert. Von seinem Leben bis dahin ist nur bekannt, daß er in der Zeit von 1895 bis 1912 wegen Körperverletzung, Betrug, Kuppelei, Diebstahl, Erpressung und ähnlicher Deliktaten insgesamt mit 16 Monaten Kerker, 98 Monaten Arrest, 2 Monaten Haft und 17 Jahren Ehrverlust bestraft worden ist. Dieser Ehrenmann fühlte sich beleidigt und klagte, weil ihm ein Streikender zugerufen hatte: „Ihr Streikbrecher, ihr Lumpen!“ Nicht allein wegen Beleidigung, sondern auch noch wegen Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung wollte der Staatsanwalt den Angeklagten mit 10 Tagen Gefängnis bestrafen. Denn dieser habe den Monteur Keiling durch Ehrverletzung (1) zu bestimmen versucht, an Verabredungen und Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen mittels Einstellung der Arbeit teilzunehmen. Solch halsbrecherische Logik ging selbst dem Gericht zu weit. Es bedachte den Attentäter nur wegen Beleidigung mit einer Geldstrafe. Der Gedanke, daß die Streikenden den Wiedermann Keiling in ihre Gemeinschaft zwingen wollten, ist eines deutschen Staatsanwalts würdig. #

Die Arbeitslosigkeit im Deutschen Holzgewerbe hat sich im Monat Januar auf außergewöhnlicher Höhe gehalten. Der Deutsche Holzarbeiterverband zählte Ende Januar unter seinen Mitgliedern noch immer 14 675 gleich 7,7 Prozent Arbeitslose. Ist diese Zahl auch etwas niedriger als zur Jahreswende, so übertrifft sie immer noch alle früheren Zahlen erheblich, den leistungsfähigen Sommerstand noch um das Doppelte. Den Löwenanteil stellt wieder Berlin; es zählte noch am 6. Februar allein auf dem paritätischen Arbeitsnachweis 5155 Arbeitslose, zu denen noch etwa 300 aus dem Verbandsnachweis kommen. Die Besserung seit Jahreschluss ist in dieser Stadt ganz unbedeutend geblieben; hier gibt es dauernd Tausende überzähliger Arbeitskräfte. #

Notizenteil.

Dienstbotenfrage.

Die „Stütze“ oder Ausbeutung mit Familienanschluss. Der Beruf der „Stütze“ zeichnet sich dadurch aus, daß ein wohlflingender Name verbirgt, welche maßlose Ausbeutung der Arbeitskraft

bei miserabler Bezahlung hier üblich ist. Es sind meist Töchter „besserer“ Eltern, die ihn wählen — müssen, und die aus falschem Schamgefühl es empört ablehnen würden, zu dienen. Dienstmädchen, das klingt „zu gewöhnlich“, viel „feiner“ ist die Stütze der Hausfrau, die manchemal auch für den Hausherrn da sein muß. Von dem schönen Titel abgesehen, wird der Stütze vor allem ein Vorzug zuteil: „Familienanschluß“. Wenn auch der Lohn, pardon, das Gehalt gering ist, manchmal geringer wie der Lohn einer tüchtigen Schweinemagd, das macht nichts. Die „gehobene Stellung“ entschädigt, denn sie verbirgt nach außen das erbärmliche Abhängigkeitsverhältnis, in dem sich die „Stütze“ befindet. Was tut es da, daß die Stellung sozial zweideutig ist und oft genug zwingt, auf zwei Schultern Wasser zu tragen? Wie gewöhnliche Dienstboten behandelt, müssen die Stützen unter den gleichen Entbehrungen und herrschaftlichen Schikanierungen wie jene leiden. Mit besserer Schulbildung wie Bauern- oder Arbeiterstochter ausgestattet und durch ihre Position verpflichtet, sollen sie zur Herrschaft halten, die Stellvertretung der Gnädigen den „gewöhnlichen“ Dienstboten gegenüber übernehmen, womöglich die Anstreiber und Angeber spielen.

Was Herrschaften bei niedriger Bezahlung an Leistungen von einer Stütze zu fordern sich erdreisten, dafür liefert ein kürzlich dem Verband der Hausangestellten zu Stuttgart übermitteltes Schreiben einen schlagenden Beweis. Eine oberschwäbische Gutsherrin schrieb der sich um eine Stelle bewerbenden Stütze:

„Gehreies Fräulein!

Ihren Brief habe ich erhalten und teile Ihnen mit, daß ich noch keine Stütze engagiert habe. Ich habe einen großen Haushalt, alle Tage 25 bis 30 Personen zum Essen und fünf Kinder im Alter von 7 bis 15 Jahren. Ich habe nur ein Zimmer- und ein Küchenmädchen, welche letztere der Stütze hilft kochen.

Falls Sie die Stelle annehmen, so wäre Ihre Tätigkeit hauptsächlich zu kochen, mit Hilfe des Küchenmädchens. Ferner hätten Sie bei allen vorkommenden Arbeiten mich zu unterstützen, respektive mitzuhelfen, zum Beispiel beim Bügeln, Waschen, Putzerei usw.

Ich habe eine Diasporaschule im Hause, deshalb fehlt es mir an Raum, obgleich das Haus ziemlich groß ist. Sie hätten kein eigenes Zimmer und sollten mit Zimmermädchen und Küchenmädchen zusammenschlafen. Wenn Sie dies nicht wollen, hat alle weitere Unterhaltung keinen Wert. An Gehalt zahle ich 300 Mk. jährlich und bei ganz tüchtiger Leistung 360 Mk. jährlich. Sind Sie gesund und tüchtig und in allen Hausgeschäften durchaus erfahren? Alle Tage morgens um 5 Uhr hätten Sie aufzustehen, da das Frühstück um 6 Uhr fertig sein muß. Das Küchenmädchen hilft das Wohnzimmer richten, da das Zimmermädchen die drei Schulkinder zu richten hat.

Sie hätten vollständigen Familienanschluß, essen mit der Familie am Tisch, ich erwarte aber von der Stütze ein durchaus solides, anständiges Betragen, die den anderen Mädchen mit gutem Beispiel vorangeht. Wer sind Ihre Eltern, haben Sie bessere Schulen besucht? Sind Sie vollständig gesund, besonders auf der Lunge, sind Sie evangelisch? Das Küchenmädchen ist aus guter bäuerlicher Familie, das Zimmermädchen ebenso, letztere war fünf Jahre bei einer adligen Familie. Können Sie auch gut bügeln? Mit freundlichem Gruß . . .“

Eins muß man der Gutsherrin lassen: sie versteht die „glänzende“ Stellung in ihrem Hause ins rechte Licht zu rücken. Für die Ehre, in einem Raum mit einem Küchenmädchen und einem Zimmermädchen zu schlafen, „welches fünf Jahre bei einer adligen Herrschaft gedient hat“, kann die Stütze es wohl in den Kauf nehmen, die gewöhnlichsten Arbeiten verrichten zu müssen. Um 5 Uhr aufstehen, waschen, bügeln, putzen, nähen, außerdem für 30 Personen kochen, kurz und gut alle und jede Hausarbeit bei „vollständigen Familienanschluß“ verrichten zu dürfen, und dafür ganze 25 Mk. Lohn im Monat, mein Liebes, was willst du noch mehr?

In einem gut geleiteten Haushalt, wo man die Mädchen nicht allzusehr ausbeutet, würde man bei den vorliegenden Arbeiten mindestens eine Köchin halten und sicher auch ein oder zwei Mädchen dazu. Die Köchin würde 35 bis 40 Mk. Lohn im Monat erhalten, jedes Mädchen 20 bis 25 Mk. Von der einen Stütze aber verlangt die kluge Gutsherrin mehr. Die Stütze darf ihrer „Stellung“ und ihres schönen Berufsnamens halber für drei schaffen und sich mit weniger Lohn begnügen, wie eine Köchin in einem solch großen Hauswesen unter allen Umständen beanspruchen würde. Scharf beleuchtet der Brief das Los der „besseren Mädchen“, die als Stützen gehen, weil sie glauben, dem Ruf ihrer Familie schuldig zu sein, nicht als „gewöhnliche“ Arbeiterinnen oder Dienstboten das nötige Stück Brot zu verdienen. Wird es nicht auch in

den Köpfen dieser armen Sklaven dämmern! Werden sie nicht begreifen, daß sie dort Anschluß suchen müssen, wo sie nach ihrer Berufsarbeit hingehören, nämlich zu den Hausangestellten ohne Titel und ohne „Familienanschluß“? Dort finden sie in der Organisation Verständnis, Hilfe und die Möglichkeit, mit den anderen ausgebeuteten Hausproletariern wirksam Hand anzulegen zur durchgreifenden Verbesserung ihrer traurigen Lage. F.V.

Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen.

Mehr Arbeiterinnenschutz, das ist die Forderung, die aus einer Erhebung über die sanitären Zustände in den Fabriken zu Reichenbach i. B. klingt, die von der dortigen Filiale des Deutschen Textilarbeiterverbandes im Herbst 1913 veranstaltet worden ist. Die Enquete erfaßte 83 Betriebe mit 5323 Beschäftigten, darunter waren 2472 Arbeiterinnen. Der Berichterstatter hat folgendes festgestellt: In 34 Betrieben wird das Werk während der Pausen nicht angehalten. Die Arbeiter sind also gezwungen, ihr bißchen Essen während des Ganges der Maschinen in allem Schmutz hinunterzuschlucken. In 55 Betrieben fehlten Speisezimmer und Garderoben. Die Unternehmer scheinen solche Räume für etwas Überflüssiges zu halten. Dabei beschäftigt die Reichenbacher Textilindustrie eine Unmenge auswärtiger Proletarier, die mittags nicht nach Hause gehen können. Die meisten der vorhandenen Speisezimmer machen einen trübseligen Eindruck. Die Reinlichkeit läßt in ihnen sehr zu wünschen übrig, oft dienen sie gleichzeitig als Garderobe. In mehreren Fällen waren diese Räume nicht einmal heizbar. Manche gleichen viel eher alten Kumpelkammern als Garderoben oder Speiseräumen, in denen man mit Appetit sein Essen verzehren könnte. Von 6 Betrieben wird berichtet, daß sie der Arbeiterschaft ölige, schmutzige Fässer und Leimkübel zum Wärmen der mitgebrachten Speisen zur Verfügung stellen. Wie gnädig! Doch: Psui Teufel! Nur in 6 Betrieben sind Räume für plötzlich Erkrankende vorhanden, in einer siebenten Fabrik wird die Küche des Hausmeisters als Sanitätsstube benutzt. Wascheinrichtungen fehlen in 34 Betrieben, Seife und Handtücher werden nur in 15 geliefert. Vabereinrichtung für die Arbeiter gibt es in den Betrieben nicht, und die Stadt hat auch nicht in ausreichendem Maße dafür gesorgt. Die Beschaffenheit der Arbeitsräume ist fast durchgängig ungenügend. Nur aus 9 Betrieben wurde berichtet, daß die Wände entweder Neubau oder einmal geweißt worden sind. In manchen Fabriken ist seit Menschengedenken nicht geweißt und geschuert worden. Die Fußböden sind hier und dort so niederlich, daß es vorkommt, daß schwere Eisenstäbe aus den oberen nach den unteren Räumen fallen. Die Transmissionswellen gleichen rot angestrichenen und mit Schmutz bedorfenen Stangen, von denen nicht selten Rost und Eisenteile abfallen. Schutzvorrichtungen zum Auflegen der Treibriemen fehlen entweder ganz oder liegen so lange zerbrochen in irgend einem Winkel, bis sich einmal die Gewerbeinspektion zu einer Besichtigung anmeldet. Die Webstühle stehen in einer Fabrik so eng, daß es nur mit Lebensgefahr möglich ist, sich dazwischen zu bewegen. Um zu den Bremshebeln der Stühle zu gelangen oder Reparaturen vorzunehmen, müssen die Meister auf dem Bauche unter die Stühle kriechen. Die Scheußlichkeit der Aborte ist ein Kapitel für sich. In 59 Betrieben hatten sie keine Doppeltüren, keine Spülung. Ohne jeden Witterungsschutz, stehen sie in 9 Betrieben im Freien. Gereinigt werden die Aborte bei 40 Firmen wöchentlich, bei 17 alle 14 Tage, bei 15 anderen alle 4 Wochen, bei 10 in längeren Zwischenräumen, und von einem Betrieb wird gar berichtet, daß die Reinigung einmal im Jahre stattfindet. Es redet laut von der schamlosen Profitgier der Textilbarone in Reichenbach, daß Zustände wie die festgestellten möglich sind. Die Organisation ist jezt drauf und dran, die Klugställe auszumisten. Deutschland in der Welt voran! So klang es jüngst wieder in den Etatsdebatten des Reichstags. Mit der Sozialpolitik soll Schluß gemacht werden. Dabei stehen auch heute noch — wie Figuren in Reichenbach zeigt — die Arbeiterschutzbestimmungen zum größten Teil nur auf dem Papier. Die Arbeiter und Arbeiterinnen müssen inmitten der größten Insauberkeiten fronden! Ihre Gesundheit, ihr Leben ist in Gefahr! Was tut es? Die Dividenden wachsen. Alles ist mithin in Ordnung. Die Behörden drücken beide Augen zu, um nicht zu sehen, was öffentliches Geheimnis ist. Ja, Deutschland in der Welt voran! sk.

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

Der sozialdemokratische Frauentag findet am 8. März nicht nur in Deutschland, Österreich und der Schweiz statt. Auch die Sozialdemokratinnen in Holland, Ungarn und

Rußland werden an diesem Tage Kundgebungen für die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts, für alle Reformforderungen veranstalten, die die Leiden der proletarischen Frauen mildern und die Kräfte stärken, um für die volle Befreiung durch den Sozialismus zu kämpfen. Die Genossinnen der Vereinigten Staaten von Nordamerika halten ihren Frauentag dieses Jahr am 19. März ab, statt am letzten Sonntag des Februar wie seither. Überall sind unsere ausländischen Genossinnen mit Feuereifer daran, den Frauentag gut vorzubereiten. Er soll eine imposante Bekundung des Willens der erwachsenen Frauen des arbeitenden Volkes sein, daß sie zu den Pflichten als Bürgerinnen in Gemeinde und Staat auch volle Rechte fordern. Und diese Bekundung wird in allen Ländern im Zeichen der leuchtenden Zukunftshoffnung der Arbeiterklasse stehen, im Zeichen des Sozialismus. Aber auch die Genossinnen der Staaten, wo aus dem einen oder anderen Grunde kein Frauentag stattfindet, haben das lebhafteste Interesse für die Kundgebung. Das beweisen Zuschriften aus England, Italien, Finnland und Schweden. Mit ganzem Herzen empfinden dort die sozialdemokratischen Frauen mit den demonstrierenden Schwestern allerwärts. Der Frauentag trägt einen Strom internationaler Solidaritätsgefühle durch die Welt.

Die Jahresversammlung des sozialdemokratischen Arbeiterinnenverbandes der Schweiz, die am 25. Januar im Volkshaus zu Zürich stattgefunden hat, mußte, wie den Leserinnen bekannt ist, über Fortbestand oder Auflösung des Verbandes entscheiden. Das entsprach einem Auftrag der vorjährigen Tagung. Die Frage hat auf der Arbeit und Fortentwicklung des Verbandes gelastet. Der Antrag auf Auflösung ging von einer kleinen, finanziell schwachen Sektion aus, die sich durch den Beitrag an die Zentralorganisation, monatlich 20 Rappen pro Mitglied, bedrückt fühlte. Er hatte die Unterstützung der Genossinnen gefunden, die die Arbeiterinnenvereine nach deutschem Muster in der sozialdemokratischen Partei ausgehen lassen möchten. Auch mit finanziellen Schwierigkeiten des Verbandes selbst wurde er begründet. Die Gegnerinnen der Auflösung waren grundsätzlich der Verschmelzung des Verbandes mit der Partei nicht etwa abgeneigt, jedoch hielten sie die Umwandlung noch für verfrüht. Teils im Hinblick auf die Zerissenheit der schweizerischen Parteiverhältnisse, teils im Hinblick auf die derzeitigen Bedingungen der sozialistischen Frauenbewegung selbst. Die finanziellen Schwierigkeiten ließen sie nicht gelten. Die Jahresabrechnung des Verbandes war nicht ungünstig. Die Einnahmen betrugen im letzten Jahre 3200,96 Franken, die Ausgaben 1989,98 Franken, so daß ein Überschuss von 1270,98 Franken in der Verbandskasse verbleibt. Dazu kam, daß das Statut eine Auflösung erst zuläßt, wenn die Zahl der Sektionen unter drei sinkt. Schwer fiel auch ins Gewicht, daß die Mehrheit der sozialdemokratischen Parteileitung einer Auflösung des Verbandes durchaus abgeneigt war. Mit 16 gegen 2 Stimmen bei 5 Enthaltungen wurde der Fortbestand des Arbeiterinnenverbandes beschlossen. Die Jahresversammlung beschloß, daß der Frauentag am gleichen Datum wie in Deutschland und Österreich stattfinden soll. In den Versammlungen soll neben dem Frauenwahlrecht besonders die Kranken- und Mutterschaftsversicherung behandelt werden. Ein Antrag auf Besichtigung der dritten Internationalen Frauenkonferenz in Wien 1914 fand Zustimmung, als Delegierte wurde die Arbeiterinnensekretärin Genossin Hüni gewählt. Zum Fabrikgesetz fand diese Resolution Annahme: „Der Kongreß des schweizerischen Arbeiterinnenverbandes vom 25. Januar 1914 bedauert, daß der Nationalrat bei der Beratung des Fabrikgesetzes den Jugendschutzes nur für die Mädchen ausgedehnt hat. Er gibt dem lebhaften Wünsche Ausdruck, daß die Räte in den Schlußverhandlungen die Altersschutzhöhe auch für den jugendlichen männlichen Arbeiter auf das zurückgelegte fünfzehnte Lebensjahr erhöhen.“ Dem abtretenden Zentralvorstand des Verbandes wurde für die geleistete Arbeit herzlichster Dank ausgesprochen, ebenso dem Genossen Creulich, der die Arbeiterinnenbewegung tatkräftig zu fördern bemüht ist. An der Jahresversammlung nahmen 24 Delegierte aus 14 Sektionen und viele Gäste teil. Der Sitz des Zentralvorstandes ist von Basel nach Zürich verlegt worden. Es wird im neuen Tätigkeitsjahr genug Arbeit geben. Unter anderem wird es Aufgabe des Vorstandes sein, den Anschluß der im letzten Jahre entstandenen Arbeiterinnenvereine an den Verband herbeizuführen. Mag die von der Jahresversammlung geschaffene Klärung und Einheit die Verbandsarbeit kräftig vorwärtstreiben. E. St.

Frauenstimmrecht.

Das Urteil zweier Minister über die Wirkung des politischen Frauenwahlrechts in Norwegen. Englische Politiker haben sich im letzten Jahr mit dem Ersuchen um Auskunft über die Erfahrungen mit dem politischen Frauenstimmrecht nach Norwegen gewendet. In Norwegen wurde 1907 den Frauen ein beschränktes Wahlrecht zu dem Parlament zuerkannt. Ungefähr die Hälfte der wahlrechtsmündigen Norwegerinnen erhielten das aktive und passive Wahlrecht. Norwegen hat der Weltliteratur Ibsen und Björnson gegeben, dazu eine stattliche Reihe anderer hervorragender Dichter. Es hat angesehene Maler, Musiker und Gelehrte, lähne Forschungstreisende. Die Kultur des Landes kann sich sehen lassen. Sehr viele norwegische Bauern stehen an Bildung nicht nur über den Landarbeitern in Ostindiens Gefilden, sondern auch über den Herren von und zu, die über die modernen Hörigen die Stallpeitsche schwingen. Welche Auskunft erhielten nun die englischen Politiker? Der norwegische Ministerpräsident Guar Knudsen antwortete was folgt: „Die Frauen haben in unserem Lande bei zwei politischen Wahlen das Stimmrecht ausgeübt und haben in wachsender Zahl an den Wahlen teilgenommen. Die Erfahrungen, die wir machen konnten, sind durchaus befriedigende, und alle Parteien Norwegens haben sich überzeugt, daß die Reform ein Akt der Gerechtigkeit war, obwohl die konservative Partei ihr früher erheblichen Widerstand entgegensetzte.“

Der Minister Gasterberg antwortete: „Das Frauenstimmrecht hat sich außerordentlich bewährt, es hat in der Politik unseres Landes die ethischen Forderungen gestärkt und ist allen politischen Parteien in gleichem Maße zugute gekommen. Es hat dagegen keineswegs die nationale und politische Kraft unseres öffentlichen Lebens vermindert. Keine Fraktion unseres Volkes wünscht das Frauenstimmrecht wieder abgeschafft, im Gegenteil erstreben alle Parteien, die Konservativen und die Liberalen sowohl wie die Radikalen und Demokraten, in ihrem Programm die Erweiterung des Stimmrechts von dem jetzigen beschränkten auf alle Frauen. Dieses wird auch binnen kurzer Zeit geschehen.“

Die Prophezeiung des Ministers hat sich bald erfüllt. Am 11. Juni 1913 beschlossen die norwegischen Gesetzgeber, das beschränkte Frauenwahlrecht zum allgemeinen Frauenwahlrecht zu erweitern. Der Beschluß ist der beste Beweis, daß sich das Frauenwahlrecht bewährt hat.

Von den deutschen Frauenstimmrechtlerinnen. Als wir nach der letzten Generalversammlung des „Deutschen Verbandes für Frauenstimmrecht“ die Behauptung aufstellten, daß in dieser Organisation eine Mehrheit für das allgemeine, gleiche Wahlrecht nicht mehr vorhanden sei, ist man über uns hergefallen. Man warf uns vor, wir legten die Abstimmungsergebnisse in einem Sinne aus, der den Tatsachen nicht entspreche. Die Stimmrechtlerinnen wollten nicht zugeben, daß die wirkliche Meinung der Mitglieder bei der Abstimmung keinen Ausdruck gefunden habe. Obwohl diejenigen, die offen gegen die Aufrechterhaltung der alten Satzung geredet und gestimmt hatten, weiter im Deutschen Verband bleiben durften, hieß es: „Wir stehen fest zum allgemeinen, gleichen Wahlrecht.“

Wir hatten darüber unsere eigenen Gedanken. Gemeinsam mit den Gegnern des demokratischen Wahlrechts für eben dieses Wahlrecht eintreten wollen, das ist und bleibt ein Unsinn. Eine Organisation, die auf Reinlichkeit hält, muß die Mitglieder hinausweisen, die nicht auf dem Boden der Satzung stehen, oder sie kommt in den Verdacht, daß sie es mit ihren eigenen Grundsätzen nicht genau nimmt und ein doppeltes Spiel spielt. Hätten wir noch einen Beweis für die Unaufrichtigkeit des Deutschen Verbandes für Frauenstimmrecht gebraucht, so würde er uns jetzt durch das Blatt dieser Organisation geliefert, durch die von Adele Schreiber-Krieger redigierte Zeitschrift „Frauenstimmrecht“. In dem Februarheft findet sich ein Artikel von E. Kägel-Maing: „Solidarität der Frauen in der Stimmrechtsbewegung.“ Er erörtert noch einmal die alte Streitfrage: Soll der Frauenstimmrechtsverband das allgemeine, gleiche Wahlrecht als Grundlage haben oder soll er für die Frauen nur die Übertragung der Rechte verlangen, die die Männer jeweilig besitzen. Frau Kägel gehört zu den Stimmrechtlerinnen, die ziemlich bald nach dem Entstehen der „Deutschen Vereinigung für Frauenstimmrecht“ eine Verschmelzung der beiden Stimmrechtsorganisationen befürworteten und zu diesem Zwecke das Falllassen der demokratischen Wahlrechtsforderung wünschten. Sie ist von diesem Standpunkt nicht abgegangen, sie ist die „Nichts-als-Frauenrechtlerin“ geblieben, die sie war, und sieht in der formellen Gleichberechtigung mit dem Manne ihr höchstes Ideal.

Wir brauchen uns also eigentlich mit ihrem Artikel nicht weiter zu befassen, denn er bringt nichts Neues. Er wird jedoch interessant durch eine Fußnote der Redaktion. Die Redakteurin hat laut Beschluß der Eisenacher Generalversammlung die Meinung der Mitglieder zu vertreten, die durch den Vorstand repräsentiert werden. Als die Meinung des Frauenstimmrechtsverbandes müssen also ihre Auslassungen aufgefaßt werden. In der Fußnote heißt es nun:

„... Es sei jedoch ausdrücklich festgestellt, daß er (der Artikel) nicht die Einleitung zu neuer Polemik über die in Eisenach gefallene Entscheidung bilden darf. Er ist vielmehr ein Schlusswort zu all den vorausgegangenen Auseinandersetzungen und erscheint, damit auch der Reformpartei die Gelegenheit, sich zu äußern, billigerweise nicht vorenthalten werde.“*

Sonst nichts. Kein Hinweis auf die etwa entgegengesetzte Auffassung des Vorstandes in der erörterten Frage, nichts als dieses Verbot, eine Debatte fortzusetzen, die überhaupt kaum begonnen hatte. Dem Vorstand des Deutschen Verbandes liegt also offenbar nichts daran, noch einmal mit aller Deutlichkeit darauf hinzuweisen, daß die Mehrheit des Verbandes angeblich auf dem entgegengesetzten Standpunkt wie Frau Nägeli steht und nicht von ihm abweichen will. Der Vorstand überläßt das Schlusswort der „Reformerin“, also einer Vertreterin der Gruppe, die er zu bekämpfen erklärt! Hat man je gehört, daß eine Organisation sich so ihrer Rechte begibt und es zuläßt, daß die Mitglieder in einem Sinne bearbeitet werden, der den Satzungen der Organisation direkt zuwiderläuft? Deutlicher kann kaum zugegeben werden, daß die Wahlrechtsfrage für den Deutschen Verband für Frauenstimmrecht im Grunde genommen höchst gleichgültig ist. Mag doch jeder darüber denken wie er will, wenn nur nichts die Ruhe der Organisation und die Vorbereitungen zum Internationalen Frauenstimmrechtskongreß stört. Wir können über den Deutschen Verband für Frauenstimmrecht zur Tagesordnung übergeben. Er ist endgültig aus der Reihe der Verbände zu streichen, die nicht Vorrechte für einzelne Frauen, sondern gleiches Recht für alle fordern.

Inzwischen haben sich die aus dem Deutschen Verband ausgeschiedenen Vereine zu einem „Deutschen Frauenstimmrechtsbund“ zusammengeschlossen. Es bestehen nun also vier Verbände: der Deutsche Verband für Frauenstimmrecht, die noch gemäßigtere Deutsche Vereinigung für Frauenstimmrecht, der bereits vor einem Jahre vom Deutschen Verband abgesplitterte Reichsverein für Frauenstimmrecht und der neu gegründete Deutsche Frauenstimmrechtsbund. Es ist anzunehmen, daß die beiden letztgenannten Organisationen sich einmal zusammenschließen werden, da sie ungefähr die gleichen Grundforderungen haben. Wenn dann konsequenterweise nach einiger Zeit auch Deutscher Verband und Deutsche Vereinigung sich verschmelzen, so wäre eine reinliche Scheidung der bürgerlichen Frauenstimmrechtsbewegung in radikale und reaktionäre Verbände durchgeführt. Diese Trennung muß kommen, die ganze Entwicklung drängt dahin, wenn auch heute noch das Kennzeichen eines Teiles der bürgerlichen Frauenstimmrechtsbewegung Verschwommenheit und Verwischung der Unterschiede ist.

Der Deutsche Frauenstimmrechtsbund ist insofern eine neue Erscheinung, als er auf jeden Vorstand verzichtet. Ganz lose sollen die Ortsvereine verbunden sein, die natürlich ihrerseits Vorstände besitzen; die Geschäftsführung ist einer Schriftführerin übertragen, die die Fühlung zwischen den einzelnen Vereinen aufrechterhalten soll. Zurzeit ist Fräulein Emilie Steiner in Hamburg Schriftführerin. Anregungen zur Arbeit und dergleichen können von jeder Gruppe und von jedem Einzelmitglied ausgehen, die anderen äußern sich dazu, und die Ausführung liegt in der Hand derjenigen, von der die Anregung ausging. Wenden sich für die Mitglieder und Ortsgruppen ist die Bestimmung, daß die einzige Aufgabe die Erlangung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten aktiven sowie des passiven Wahlrechts für die Frauen ist. Jede Vereinigung, die gegen diesen Grundsatz agitiert oder in deren Mitgliederkreis solche Agitation betreibt, verliert die Mitgliedschaft. Auch dieser Verband kann sich also nicht von engen frauenrechtlerischen Anschauungen freimachen. Rechte werden nur für alle Frauen gefordert, die Männer existieren nicht, immerhin ist wenigstens die Forderung der Gleichberechtigung aller Frauen deutlich ausgesprochen. Wie sich der Deutsche Frauenstimmrechtsbund entwickeln wird, muß abgewartet werden. Vorläufig haben sich ihm angeschlossen: der Hamburg-Altonaer Verein, die bayerischen Ortsgruppen und ein neu gegründeter Bremer Frauenstimmrechtsbund. Verstände es

* Die Unterstreichungen finden sich im Original.

die neue Organisation, die wirklich radikal denkenden Frauen zu sammeln, die aus äußeren oder inneren Gründen nicht zur Sozialdemokratie kommen können, verstände er es, mit ihnen einen ehrlichen und tatkräftigen Kampf für das Frauenwahlrecht zu führen, so wäre das zu begrüßen. Selbst wenn er zunächst auf heftigen Widerstand bei den bürgerlichen Frauen stoßen sollte, würde er die Sache des demokratischen Frauenwahlrechts fördern. Ein kleiner Kreis von Anhängerinnen, die sich nicht scheuen, sich überall zu ihren Forderungen zu bekennen, ist besser als eine große Organisation, die nicht zum Handeln kommt, weil sie von der Angst gelähmt wird, nach irgend einer Seite hin anzustoßen.

Tony Breitscheid.

Die Frau in öffentlichen Ämtern.

Für die kommunale Mitarbeit der Frau in Darmstadt ist das Tor beträchtlich weiter aufgemacht worden. Die Stadtverordneten wählten 22 Frauen in kommunale Deputationen und Ausschüsse sowie in Vorstände verwaltender Körperschaften. Die meisten Frauen sind vollberechtigte Mitglieder der Korporationen, nur in wenigen Fällen steht den Gewählten lediglich beratende Stimme zu.

Eine Wohnungspflegerin in Magdeburg ist von der Stadt angestellt worden. Ihr steht ein reiches Tätigkeitsfeld offen. Das rasche Wachstum der Stadt hat in Verbindung mit der Ausbeutung des arbeitenden Volkes ganz traurige Wohnungsverhältnisse für die vielen Tausende geschaffen, die für ihren Unterhalt nicht in einen großen, von fremder Arbeit gefüllten Geldbeutel greifen können.

Eine Sänglingspflegerin und eine Schulpflegerin der Stadt Weimar sind angestellt worden. Welche Aufgaben den beiden zugewiesen sind und welche Befugnisse ihnen zustehen, darüber liegen uns zurzeit keine Nachrichten vor. Die neuen Ämter können von großem Nutzen für die Mütter und Kinder des arbeitenden Volkes werden. Das Maß ihrer Vorteile hängt aber ganz erheblich davon ab, wie der Kreis der Pflichten und Rechte für die Pflegerinnen abgesteckt wird.

Eine Vorsteherin des Jugendamtes und amtliche Jugendpflegerinnen der Stadt Bremen sind kürzlich angestellt worden. In allen Teilen Deutschlands macht die Heranziehung von Frauen zu öffentlichen Ämtern Fortschritte. Ein Wink für unsere Genossinnen, sich eingehend um die einschlägigen Tätigkeitsgebiete zu kümmern. Sie müssen sich die nötigen Kenntnisse aneignen, um die hier geleistete Arbeit gewissenhaft verfolgen, beurteilen und selbst leisten zu können.

Weibliche Professoren an russischen Universitäten. Zum ersten Male sind an einer russischen Universität Frauen zugelassen worden, die die Würde der Professur erlangen wollen. Die Universität Moskau hat Fräulein Vorch und Fräulein Petrova die Vorbereitung auf die Lehrtätigkeit als Professoren gestattet. Die Damen haben ihre ersten Examina glänzend bestanden.

Zu dem am 8. März stattfindenden diesjährigen Frauentag erscheint wie im verflossenen Jahre ein Agitationsblatt für das

Frauenwahlrecht.

Herausgegeben von Klara Zethkin.
16 Seiten im Format der Gleichheit.

Das Blatt wird einen reichen Inhalt und eine Reihe guter Illustrationen bringen. Es soll der Agitation unter den breitesten Massen dienen.

Preis der Einzelnummer für den Wiederverkauf 10 Pfennig. Die Organisationen erhalten das Blatt zu den für die Gleichheit üblichen Bedingungen.

Bestellungen sind sofort an die Expedition der Gleichheit, Stuttgart, Furtbachstraße 12, einzusenden.

Genossinnen! Sorgt für die Massenverbreitung eures Wahlrechtsblattes!

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Klara Zethkin (Bundel), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart.

Druck und Verlag von J. D. W. Metz Nachf. G.m.b.H. in Stuttgart.